INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

109/21

SÜDAFRIKA

Innenpolitik in der Krise

NAMIBIA

Arbeitskampf bei Shoprite

BELGIEN

Alt-Neues Kolonialmuseum Tervuren

18. Juli 2021

Internationaler Nelson Mandela-Tag

SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- **Dokumentation und Bibliothek in**
  1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
  (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
  Tel. 01/505 44 84
  Fax 01/505 44 84-7
  www.sadocc.at
- **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- **Projekt Jugendzentrum in Soweto**
- **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,– (für Institutionen EUR 50,–) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.
Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,–.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k. in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelle Projekte: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer); 100 Jahre afrikanische Präsenz in Wien (Vanessa Spanbauer, Simon Loidl).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 813176558) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an: Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Nina Herzog-Hawelka MA, Helena Hornung MA, Rudolf Koger, Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan, Dr. Johann Murauer, Dr. Birgit Reiter, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer.

3 Wirtschaftskriminalität im Zeichen der Pandemie

Christian Selz aus Kapstadt über die innenpolitische Lage Südafrikas

Lutz Van Dijk zum Großbrand in Masi 4

Mark Heywood: Impfkrise und Patentrecht 12

15 Arbeitskampf in Namibia

Nach fünfwöchigem Streik erzielten die Beschäftigten bei Shoprite einen Teilerfolg. Von Simon Loidl

17 Atomwaffen illegal

Botschafter Thomas Hajnoczi über einen großen Erfolg multilateraler Diplomatie

Afrikanische Freihandelszone 19

24 Afrika-Museum Tervuren – neu?

Helena Mayné über das belgische Kolonialmuseum in einer post-kolonialen Welt

Hopewell Chin'ono 27

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier**: Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Titelfoto:** Verzweifelte Löschversuche in Masiphumelele. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Benjamin Fox (EURACTIV), Christa Hager, Thomas Hajnoczi, Anne Jung (medico international), Adalbert Krims, Simon Loidl, Helena Mayné, Walter Sauer, Christian Selz, Daniel Stögerer, Hemma Tengler, Lutz van Dijk. **Fotos:** Brenton Geach (Titelfoto, Gallo Images), Joyrene Kramer (Maverick Citizen), Helena Mayné, Musée royal de l'Afrique centrale (Brüssel), SADOCC, Walter Sauer, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. März 2021. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.

Liebe Leserinnen und Leser!

Das war wieder ein Tiefpunkt in der Afrika-Berichterstattung des ORF! Nämlich die Dokumentation „Südafrika – Das Erbe der Apartheid" im Weltjournal (ORF2) am 3. Februar. Eine Reportage aus einem Elendsviertel namens Coronation Park in Krugersdorp für Weiße, die seit der politischen Wende obdachlos geworden sind. Aus der Moderation mußte man schließen, daß der Film 2020, unter dem Eindruck der Corona-Pandemie, aufgenommen wurde.

Nur: Das war nicht der Fall. Wie Martin Sturmer recherchiert hat, ist diese Siedlung schon seit 2014 aufgelöst, und die weißen Landbesetzer/innen – viele davon mit Naheverhältnis zur rechtsextremen Vryheidsfront Plus – erhielten legale Siedlungsgebiete, Seite an Seite mit schwarzen Obdachlosen (https://krugersdorpnews.co.za/269506/white-squatters-happy-in-munsieville/).

Informationsqualität am Küniglberg?

Offenbar löste die manipulative Darstellung auch im ORF selbst Unbehagen aus – eine Woche später entschuldigte sich Moderatorin Patricia Pawlicki halbherzig, man habe es versäumt, das Entstehungsjahr des Films anzugeben.

Indaba heißt Neuigkeit oder Gespräch

Ja, das auch, aber es war darüber hinaus schlechte Recherche. Wie der südafrikanische Mail & Guardian aufgedeckt hat, empfiehlt die Suchmaschine Google bei bestimmten Fragestellungen bevorzugt Themen zu „armen Weißen". Dem ist die Weltjournal-Redaktion offenbar zum Opfer gefallen. Natürlich ist das Problem der Obdachlosigkeit in Südafrika riesig – aber die verarmten Weißen, die ihre Privilegien einer früheren Epoche verloren haben, sind dabei nur ein kleiner Aspekt. Warum sich europäische/österreichische Journalist/inn/en ausgerechnet so viel Sorgen über die Weißen in Südafrika machen? Ist Blut immer noch dicker als Wasser?

Im übrigen nehmen wir das zum Anlaß, eine seit Jahren an ORF-Generaldirektor Wrabetz herangetragene Forderung wieder zu erheben: Der ORF braucht ein Korrespondentenbüro im subsaharischen Afrika! Analog zu Karim El-Gawhari in Kairo! Dann würde man zumindest häufiger was Aktuelles aus Afrika hören, und die Kolleginnen und Kollegen am Küniglberg hätten eine/n Ansprechpartner/in näher vor Ort, den oder die sie bei fragwürdigen Filmen um seine/ihre Einschätzung fragen könnten.

Man wird sich ja noch was wünschen dürfen, meint

Walter Sauer

Korruption in Südafrika:

Systemrelevante Selbstbedienung

Auch in der Corona-Krise blüht in Südafrika die Korruption. Der Kampf um Ressourcen hat den ANC gelähmt und den Kampf für gesellschaftliche Transformation zur leeren Propagandahülle gemacht. Die Aufarbeitung der Ära Zuma geht nur schleppend voran, und die Beliebtheit von Präsident Ramaphosa nimmt ab. Von Christian Selz (Kapstadt).

Es klang Verzweiflung aus den Worten Andy Mothibis. „*Ich appelliere an Staatsdiener und diejenigen in Positionen von Macht und Verantwortung, dem südafrikanischen Volk mit Integrität und Stolz zu dienen*“, flehte der Chefermittler der Sonderermittlungseinheit für Korruption, *Special Investigating Unit* (SIU), am 5. Februar die politische Führung des Landes an. Der öffentlich-rechtliche Nachrichtensender SABC News machte daraus tags darauf die Überschrift „*SIU bittet Staatsbedienstete inständig, mit dem Plündern aufzuhören*“. Es ist eine treffende Zusammenfassung der Größe des Problems und der Hilflosigkeit, mit der die Südafrikaner und Südafrikanerinnen der Situation ausgeliefert sind.

Plünderung staatlicher Ressourcen

Anlaß von Mothibis Appell war die Korruption im Zusammenhang mit Staatsaufträgen zur Beschaffung von medizinischer Schutzausstattung im Zuge der Corona-Pandemie. Verträge im Wert von 13,3 Milliarden Rand (740 Millionen Euro) untersuche die SIU derzeit, erklärte deren Sprecher Kaizer Kganyago am 6. Februar im Interview mit SABC News. Das entspricht fast der Hälfte des gesamten, etwas über 30 Milliarden Rand schweren Auftragsvolumens, das staatliche Stellen im bisher von der SIU untersuchten Zeitraum von April bis November 2020 vergeben hatten. Nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Dreistigkeit, mit der abgeschöpft wurde, ist schockierend. „*Die meisten Unternehmen, an die die Aufträge vergeben wurden, waren erst im Februar und März vergangenen Jahres registriert worden*“, schilderte Kganyago. Dies deute „*klar daraufhin, daß diese Unternehmen keine Erfahrung in jeglicher Arbeit hatten*“, schlußfolgerte der SIU-Sprecher. Überraschend kam diese Erkenntnis allerdings längst nicht mehr. Bereits im August hatte der Chef der südafrikanischen Steuerbehörde SARS erklärt, daß selbst Geschäfte, die als Bäckereien, Kneipen oder Autowäschen registriert waren, staatliche Aufträge zur Beschaffung medizinischer Schutzausrüstung abgegriffen hatten. Als „*beispiellos*“ beschrieb SIU-Chefermittler Mothibi die korrupten Machenschaften nun – ein vernichtendes Statement, insbesondere vor dem

Politik im Schatten der Pandemie

Hintergrund, daß der aktuelle Staatschef Ramaphosa 2018 als großer Vorkämpfer gegen die Plünderung staatlicher Ressourcen angetreten war.

Ramaphosa, ein ehemaliger Bergarbeitergewerkschafter, der nach dem Ende der Apartheid durch Unternehmensbeteiligungen zum Rand-Milliardär aufgestiegen war, hatte seinerzeit Jacob Zuma abgelöst. Letzterer hatte in den neun Jahren seiner Amtszeit eine bis dato ebenfalls wortwörtlich „beispiellose" Korrumpierung und Unterwanderung des Staates ermöglicht. Zuma besetzte dazu strategische Posten in Schlüsselbehörden, Ministerien und Staatskonzernen mit seinen Komplizen. Gemeinsam sorgten sie dafür, daß Aufträge entweder direkt an mit ihnen verbundene Unternehmer gingen oder diese als „Vermittler" für internationale Großkonzerne mitverdienten. Auch globale Player wie *SAP* oder *McKinsey* spielten dieses Spiel mit und kassierten kräftig ab. „State Capture" haben die Südafrikaner/innen dieses systematische Plündern genannt, also eine Art feindliche Übernahme des Staates. Insgesamt 500 Milliarden Rand (damals gut 30 Milliarden Euro), so schätzte Ramaphosa im Oktober 2019 in einer Rede auf dem *Financial Times Africa Summit* in London, habe der südafrikanische Staat dadurch verloren. Das südafrikanische Online-Politmagazin *Daily Maverick* hatte die Verluste in einer im März desselben Jahres erschienenen Analyse gar mit dem Dreifachen veranschlagt: 1,5 Billionen Rand – was nahezu dem gesamten Staatsbudget für das Jahr 2019 oder knapp einem Drittel des südafrikanischen Bruttoinlandsprodukts entsprach. „*Vier Monate sämtlicher Arbeit und Produktivität aller Südafrikaner, von Straßenverkäufern, die Süßigkeiten vor der Schule an-*

Masiphumelele:

Am späten 17. Dezember 2020 kam es im ärmsten Teil des Townships rund 30 Kilometer südlich von Kapstadt, wo rund 10.000 Menschen ohne ausreichend Wasser, Toiletten und Elektrizität leben (INDABA 106/20), zu einem Inferno. Ein starker Wind ließ ein Feuer, das erst wenige Hütten erfaßt hatte, auf eine riesige unkontrollierbare Fläche übergreifen. Auf der panischen Flucht vor den Flammen wurden viele Familien getrennt. Alte Menschen, die stürzten, wurden von jüngeren mitgetragen. Es gab Verletzte, jedoch wie durch ein Wunder keine Toten. Erst nach Mitternacht schafften es mehr als vierzig Feuerwehrleute, unterstützt von einem Hubschrauber aus Kapstadt, die Brände einigermaßen unter Kontrolle zu bringen (Titelbild). Bei Tageslicht wurde das Ausmaß der Katastrophe sichtbar: Von mehr als 1.000 Hütten ist nur Asche und Schrott übrig. Rund 4.000 Menschen wurden obdachlos. Alle fanden vorübergehend Unterschlupf, in Kirchen oder bei Familienmitgliedern und Freunden.

Am Dienstag, den 22. Dezember 2020, besuchte die zuständige nationale Ministerin, Lindiwe Sisulu (ANC), Masiphumelele und sprach mit einigen der am stärksten betroffenen Bewohner/innen und mit Interessenvertretern, um „*eine dauerhafte Wohnungslösung für diese brandgefährdete Gemeinde zu finden*". Begleitet wurde sie von zuständigen Beamten der Stadtverwaltung von Kapstadt sowie Stadtrat Malusi Booi (DA).

Dauerhafte Lösungen? Das ist es, wofür viele Aktivisten innerhalb und außerhalb von Masi kämpfen und wovon die meisten Bewohner seit vielen Jahren träumen. Einige erinnern sich noch daran, was im Oktober 2006 geschah: In einer Nacht brannten alle 400 Hütten in der informellen Siedlung *School Site* in Masi ab – mehr als 1.200 Bewohner verloren alles. Zum ersten Mal wurden in Masi die sogenannten Starter-Kits der Stadt mit ein paar Metall- oder Plastikplatten, Stangen und Nägeln zum Wiederaufbau abgelehnt: Die Bewohner forderten bescheidene, aber sichere und menschenwürdige Unterkünfte und entwarfen selbst einen Plan.

Ein Architekt und ein Fundraiser aus den Nachbarstädten standen ihnen zur Seite – und schließlich präsentierten sie nicht nur einen Plan, wie man genügend Wohnungen in zwei- bis dreistöckigen Gebäuden für alle Betroffenen plus zusätzlichem Gemeindesaal und Spielplatz bauen kann, sondern registrierten auch alle 352 Familien für Wohnungsbauzuschüsse, die sich dafür entschieden. Sie wurden, auch international, als NGO *Amakhaya ngoku* (Homes Now) bekannt.

Im September 2009 wurden die ersten 90 Wohnungen von der damaligen Premierministerin Helen Zille übergeben. Insgesamt konnten bis 2014 immerhin 232 Wohnungen in acht Gebäuden realisiert werden, als gravierende Probleme den weiteren Fortschritt lähmten: Interne Konkurrenz und Korruption nahmen zu, und die Stadt weigerte sich, ihrer Aufsichtsfunktion nachzukom-

Sanierung 2021 ?

men, wie es in einem Vertrag dieses öffentlich-privaten Unternehmens vereinbart worden war. Dennoch wurden diese 232 Familien nie wieder Opfer einer Katastrophe. Viele Lehren wurden gezogen. Und vielleicht wird dieses Wohnprojekt eines Tages von der Stadt zum Wohle der gesamten Gemeinschaft fertiggestellt und instandgehalten werden.

Dieses Mal soll es viel größer sein: Ministerin Sisulu und Stadtrat Booi erklärten, daß 2.800 Wohnungen geplant seien, die mit feuerfestem Material errichtet werden, wahrscheinlich in zweistöckigen Gebäuden, jede Wohnung im Wert von 64.000 Rand. Zufahrtsstraßen werden dazugehören, und jede Straße wird über einen eigenen Feuerhydranten verfügen. Die Gesamtkosten werden auf R200 Millionen geschätzt. Im Jänner sollen die Bauunternehmer die ersten Leitungen verlegen. Bis April 2021 sollen alle 2.800 Bauwerke fertiggestellt sein. Während der Bauzeit wird für die Bedürftigen ein *Temporary Relocation Area* (TRA) zur Verfügung gestellt. Am Tag nach dem Besuch der Ministerin sprach fast jeder in Masi über dieses neue „Weihnachtsmärchen". Eine junge Mutter, die ihre vierjährige Tochter wiedergefunden hat, strahlte vor Hoffnung: „*Ich habe zu Gott gebetet, meine Tochter zu retten. Jetzt bete ich einfach weiter für ein sicheres Zuhause!*" Ein Township-Sprecher schüttelt ungläubig den Kopf: „*Warum nicht früher? Warum ist das nicht schon vor 10 Jahren passiert? So viel Leid hätte vermieden werden können …*"

Ein Aktivist aus dem ehemaligen Wohnprojekt Amakhaya ngoku fügt hinzu: „*Abwarten und sehen: Sie werden auch auf ähnliche Probleme stoßen wie wir. Einige Leute werden versuchen, auch die Hütten zu registrieren, die sie zuvor als Einkommensform untervermietet hatten. Und was ist mit denen, die das vorherige Feuer in anderen Teilen der informellen Siedlung mit mehr als 10.000 Bewohnern überlebt haben und die diesmal nicht dabei sind? Werden sie wieder warten oder müssen auch ihre Hütten verbrennen, um das Gleiche zu bekommen?*"

Schwierige Fragen. Es wird keine einfachen Lösungen geben, ja, keine schnellen Lösungen. Immerhin, der Minister und der Stadtrat haben ein Versprechen gegeben, mit Details über Budgets und einer Zeitangabe. Das klingt nach mehr als einem Weihnachtsmärchen.

Es möge bitte Realität werden. Nicht eines Tages – sondern heuer.

Lutz van Dijk ist ein niederländisch-deutscher Schriftsteller und Menschenrechtsaktivist, Gründungsdirektor des Kinderheims Hokisa in Masiphumelele (www.hokisa.co.za). Sein Beitrag (hier gekürzt) erschien erstmals im Maverick Citizen (https://www.dailymaverick.co.za/article/2020-12-24-masiphumelele-lindiwe-sisulu-promises-2800-homes-for-fire-victims/).

bieten, bis zu den Jockeys in Vorstandsetagen", so umschrieb es die Journalistin Marianne Merten, seien „*effektiv vernichtet*" worden.

Richter Raymond Zondo bei einer Anhörung der nach ihm benannten Kommission

Mit der Aufarbeitung dieser kriminellen Geschäfte ist seit Januar 2018 die *Judicial Commission of Inquiry into Allegations of State Capture* befaßt, nach ihrem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, Raymond Zondo, meist kurz Zondo-Kommission genannt. Mit ihrem Wirken hat die Untersuchungskommission bereits für einige Lichtblicke gesorgt. Mehrere internationale Konzerne sahen sich aufgrund der Ermittlungen inzwischen gezwungen, irregulär erhaltene Gelder wieder an die südafrikanische Staatskasse zurückzuzahlen.

Zuma, der die State-Capture-Kommission – nach einem entsprechenden Gerichtsurteil und Druck aus der eigenen Partei – kurz vor dem Ende seiner Präsidentschaft selbst hatte einberufen müssen, weigert sich jedoch nach wie vor standhaft, vor dem Gremium auszusagen. Ein einziges Mal, im Juli 2019, äußerte sich der Expräsident bisher vor der Kommission, allerdings kaum zur Sache. Seinen dreitägigen Auftritt nutzte er stattdes-

sen für wilde Geschichten von ausländischen Geheimdiensten und Spionen in den eigenen Reihen, die ihm schaden wollten. Auch die Kommission selbst griff der ehemalige Staatschef in seiner Aussage an – eine Strategie, die er bis heute fortsetzt. Im vergangenen Jahr verlangte Zuma den Rücktritt des Kommissionsvorsitzenden Zondo und begründete dies überraschend damit, daß Zondo sein Freund gewesen sei. Der Richter selbst wollte von einer angeblichen Freundschaft aber nichts wissen und trat auch nicht zurück. Letztlich entschied das Verfassungsgericht Ende Januar 2021, daß Zuma vor der Kommission aussagen müsse, wogegen dieser sich aber widersetzte und stattdessen kundtat, keine Angst vor einer Verhaftung zu haben. Der Ex-Präsident warf der südafrikanischen Justiz in seinem auf Twitter veröffentlichten Schreiben allen Ernstes Apartheidmethoden vor und verglich sich gar mit dem PAC-Präsidenten Robert Sobukwe, den das Rassisten-Regime in den 1960er Jahren mit einem nur auf ihn angewendeten Sondergesetz länger auf Robben Island inhaftiert hatte, als im Urteil gegen ihn ursprünglich verfügt. Nur zur Erinnerung: Sobukwe hatte keine Staatskassen geplündert, sondern zu Protesten gegen die rassistischen Paßgesetze aufgerufen. Mit Sicherheit hatte der PAC-Führer auch keinen Grund zur Annahme, daß die Apartheid-Richter ihm freundschaftlich zu nahe stünden.

Daß Zuma diese Unterschiede sehr wohl kennen müßte – er war während des Kampfes gegen die Apartheid selbst zehn Jahre auf Robben Island – macht seinen Vergleich nicht besser. Die Verteidigungsstrategie des „Trump von Nkandla“, wie der Daily Maverick Zuma in Reaktion auf das Schreiben und in Anspielung auf seinen – selbstverständlich mit Steuergeld – zum Luxusanwesen ausgebauten Landsitz nannte, scheint absurd. Sie ist jedoch kalkuliert und verfolgt nur ein Ziel: die Arbeit der Ermittlungskommission so lange zu verzögern, bis deren Mandat Ende März abläuft. Daß Zuma dabei keinerlei Rücksicht auf das Ansehen seines African National Congress (ANC) nimmt, ist längst offensichtlich. Im Zeitgeist des engen Lagerdenkens stilisiert der Ex-Staatschef sich zum Opfer und suggeriert, daß er für einen angeblichen Kampf für die Ärmsten des Landes abgestraft würde. Das Schlagwort seiner – noch immer mächtigen – Seilschaft innerhalb des ANC heißt „Radical Economic Transformation“. Verfolgt wurde damit allerdings zu keinem Zeitpunkt ein sozial gerechter Umbau der Wirtschaft, sondern immer nur die Etablierung einer schwarzen, politisch vernetzten Unternehmerklasse. Als ideologischen Deckmantel beschwor und beschwört das Zuma-Lager einen angeblichen Kampf gegen „weißes Monopolkapital“ hervor – eine PR-Strategie, an deren Entwurf die von Zumas Unternehmerfreunden bezahlte Londoner Kampagnen-Agentur *Bell Pottinger* maßgeblich beteiligt war. Deren Gründer Timothy Bell, so will es die Ironie der Geschichte, begann seine Karriere übrigens als enger Berater Margaret Thatchers und hatte auch vor 1994 schon eine Verbindung nach Südafrika, die allerdings recht wenig mit demokratischer Transformation und Kampf gegen weißes Monopolkapital zu tun hatte: Bell war in den letzten Jahren des Apartheidregimes für den damaligen Staatschef Frederik Willem de Klerk tätig.

Tumulte der Economic Freedom Fighters: Niedergang der parlamentarischen Kultur

Zuma: Der „Trump von Nkandla“

Zuma behauptete in seinem Schreiben nun, er sei „*Ziel von Propaganda, Verleumdung und falschen Behauptungen aufgrund meiner Haltung zur Transformation des Landes und seiner Wirtschaft*“. Doch dem Ablenkungsmanöver fehlt jede Basis, denn in den neun Jahren seiner Präsidentschaft hat er herzlich wenig für einen sozialen Umbau Südafrikas getan. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den Zuma-Jahren nicht enger geworden, sondern weiter auseinander gegangen, die Zahl der Sozialproteste weiter gestiegen. In Zumas Amtszeit fiel die Verabschiedung des neoliberalen *Nationalen Entwicklungsplans* (NDP), in deren Folge der Präsident die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung maßgeblich vor-

antrieb. Zuma war zwei Jahre im Amt, als der Gemeindeaktivist Andries Tatane 2011 bei einem friedlichen Protest für den Zugang zu Trinkwasser in Ficksburg von der Polizei erschossen wurde – ein erster Tabubruch bezüglich staatlicher Gewalt in Post-Apartheid-Südafrika. Ein Jahr später erschossen hochgerüstete Polizeikräfte innerhalb weniger Minuten in Marikana 34 streikende Bergarbeiter. Das Vergehen der Kumpel, die in der Mine des britisch-südafrikanischen Platinriesens *Lonmin* (inzwischen von *Sibanye-Stillwater* übernommen) für den deutschen Großkunden *BASF* nach Platin gruben: Sie hatten höhere Gehälter und bessere Lebensbedingungen als in ihrer Blechhüttensiedlung gefordert. Der Präsident damals hieß Jacob Zuma, der Lonmin-Verantwortliche für Gemeindeentwicklung Cyril Ramaphosa. Letzterer hatte den Einsatz der Polizei gefordert, ersterer trug auch im Nachhinein die oberste Verantwortung dafür, daß die Täter nie zur Verantwortung gezogen wurden, während etliche Zeugen des Massakers auch später noch ermordet wurden, bevor sie aussagen konnten.

Der Flügelkampf innerhalb des ANC verläuft nicht hauptsächlich entlang ideologischer Barrieren – und wird schon gar nicht als soziales Projekt gegen ein wie auch immer gefärbtes Monopolkapital ausgefochten. Stattdessen geht es um den Zugang zu staatlichen Ressourcen. Der ehemalige Lonmin-Mann Ramaphosa steht dabei für das etablierte Kapital und die großen Konzerne, die sich einen schlanken Staat und die Privatisierung von Staatsbetrieben wünschen. Das Zuma-Lager besteht aus denjenigen, die leer ausgingen, als die politische Führung nach dem Ende der Apartheid mit Unternehmensbeteiligungen kooptiert wurde, und stattdessen zur Selbstbereicherung ihre politische Macht mittels Auftragsvergaben von Behörden und Staatsbetrieben versilberten. In letztere Kategorie dürfte auch der derzeitige ANC-Generalsekretär Ace Magashule fallen, der derzeit wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht steht. Der Zuma-Loyalist soll in seiner Zeit als Ministerpräsident der Provinz Free State 2014 an der Vergabe eines Auftrags mitverdient haben, der eigentlich dem Gesundheitsschutz der Ärmsten dienen sollte. Damals sollten Dächer von Sozialwohnungen auf Asbestkontaminierung überprüft werden. Insgesamt 255 Millionen Rand (14,3 Millionen Euro) flossen dazu an zwei Unternehmer, die für die Arbeit zwar keine Kompetenzen vorweisen konnten, aber wohl einen guten Draht zu Magashule hatten. Letztlich reichten die Auftragnehmer lediglich sieben Millionen Rand an ein Subunternehmen weiter, das zumindest eine Bestandsaufnahme über 36.000 belastete Dächer erstellte. Kein einziges Haus wurde aber je saniert, stattdessen investierten die Geschäftsleute ihren mühelos erlangten Geldsegen in Immobilien und Luxuswagen. Einer der beiden wurde Ende September verhaftet. Der andere war bereits 2017 auf offener Straße in Johannesburg erschossen worden, hatte zuvor aber eine Liste mit „Geschäftskosten" erstellt. Dieses Dokument wird für Magashule nun zum Problem, da es belegen soll, daß er selbst zehn Millionen Rand (540.000 Euro) kassierte und über seine Mitarbeiterinnen weitere Zahlungen an Dritte angewiesen hatte.

Obwohl gegen Magashule, dessen Söhne im vergangenen Jahr übrigens auch zur Garde der neuen Händler für medizinische Schutzausrüstung gehörten, gar ein Haftbefehl ausgestellt wurde und der Partei-Generalsekretär derzeit lediglich gegen Zahlung einer Kaution auf freiem Fuß ist, weigert er sich, sein Amt ruhen zu lassen. Genau diesen Schritt verlangt allerdings eine Resolution des letzten Parteitags, auf dem Magashule 2017 überhaupt erst gewählt worden war. Der Inhaber des höchsten Parteiamtes will davon inzwischen aber nichts mehr wissen, sieht sich selbstverständlich ebenfalls wegen seines angeblichen Kampfes für die Armen verfolgt und spaltet die Partei so weiter.

Populismus mit linker Rhetorik

Welche Stilblüten diese Abwehrkämpfe treiben, offenbarte jüngst auch Magashules Stellvertreterin Jessie Duarte. Im Groll darüber, daß im Rahmen der Zondo-Kommission das Versagen des (ANC-dominierten) Parlaments bei der Eindämmung der Korruption hinterfragt wurde, geißelte sie die Arbeit des Aufklärungsgremiums in einem Meinungsbeitrag als „*Angriff auf das Volk*". In ihrer Argumentation versucht Duarte die Parteilinie als höchstes Gut gegen den „Individualismus" einzelner Abgeordneter zu verteidigen, weil nur so der Wählerauftrag an die Organisation wahrgenommen werden könne. Folgt man Duarte ist nicht das Parlament, sondern der ANC selbst das Forum der politischen Auseinandersetzung – was zwar dem Verfassungsauftrag an die Parlamentarier widerspricht, aber zumindest nicht der Realität. Denn in letzterer entscheidet tatsächlich der ANC-Parteitag de facto darüber, wer Südafrika wie regiert. Einher geht dieses System mit enormen Wahlkampfbudgets für den Wettstreit um die höchsten Posten in der Parteiführung. Finanziert wird damit der Kampf um

Blechhüttensiedlung im Rande von Khayelitsha (Kapstadt)

Delegiertenstimmen, die letztlich durch Versprechen auf Jobs, besseren Zugang zur staatlichen Daseinsvorsorge oder ganz einfach durch die Bezahlung von ausstehenden Mitgliedsbeiträgen gesichert werden. Das Resultat dieses Systems ist eine von Grund auf korrumpierte Partei, die immer mehr Karrieristen und immer weniger aufrichtige Aktivist/inn/en anzieht.

Auf der Strecke bleibt dabei nicht nur die ideologische Auseinandersetzung, sondern auch der Kampf für soziale Gerechtigkeit, der die ehemalige Befreiungsbewegung ANC einmal ausgemacht hat. Wie sehr sich die Partei und die von ihr gestellte Regierung inzwischen von den Armen entfernt haben, zeigt nicht zuletzt der Umgang mit der Corona-Pandemie. Sichtlich geschockt von deren frühem Verlauf in Europa verkündete Präsident Ramaphosa Ende März per Fernsehansprache einen harten Lockdown. Nur zum Einkauf von essentiellen Lebensmitteln oder für Arzt- und Apothekenbesuche durfte die Bevölkerung das Haus noch verlassen. Alle Betriebe, die nicht unmittelbar der Grundversorgung dienten, mußten schließen. Weil die Regierung jedoch jegliche Hilfsmaßnahmen für die Ärmsten „vergessen“ hatte, bildeten sich schon bald große Menschenmengen vor Suppenküchen. Gegen den grassierenden Hunger – allein die Aussetzung der Schulspeisung brachte zehn Millionen Kinder aus armen Haushalten um die für viele einzige warme Mahlzeit des Tages – ließ sich der Lockdown auch mit der in etlichen Fällen tödlichen Gewalt von mehr als 70.000 mobilisierten Soldaten und einer mit erweiterten Befugnissen ausgestatteten Polizei nicht durchprügeln. Die Krone des Zynismus folgte allerdings erst noch, als Ramaphosa nach mehr als drei Wochen Ausgangssperre zwar endlich Sondersozialleistungen ankündigte, das Geld aber in der Folge monatelang nicht ausgezahlt wurde, weil die Mitarbeiter/innen der Sozialbehörde selbst in den Lockdown gegangen waren.

Fraktionen lähmen den ANC

Inzwischen blickt Südafrika auf zwei Wellen des Corona-Virus zurück, die nach offiziellen Zahlen zusammen mehr als 50.000 Menschenleben forderten. Die Übersterblichkeit ist mehr als doppelt so hoch, was aber auch an der völligen Überlastung des maroden Gesundheitssystems liegt, das den privat versicherten oberen 20 Prozent der Bevölkerung eine erstklassige Versorgung garantiert, während es in den staatlichen Kliniken für die restlichen 80 Prozent an allen Ecken und Enden an Personal und Ausstattung mangelt.

So wenig der Lockdown jedoch den Gesundheitsnotstand verhindern konnte, so schädlich war er für die Wirtschaft. 2,2 Millionen Menschen haben nach Angaben der staatlichen Statistikbehörde *Stats SA* ihren Arbeitsplatz verloren, gerechnet wird mit einem lang anhaltenden Zuwachs von Armut. Die Regierung will nun mit einem Infrastrukturprogramm für Linderung sorgen. Ein in Teilen des ANC immer mal wieder diskutiertes bedingungsloses Grundeinkommen dürfte jedoch an den neoliberalen Kräften innerhalb der Regierung scheitern, die die infolge von Korruption, Lockdown und wirtschaftlichem Niedergang leeren Staatskassen längst als Argument für sich entdeckt haben.

Christian Selz studierte in den 2000er-Jahren Journalistik mit dem Schwerpunkt Wirtschaft in Bremen und Kapstadt. Heute ist er freier Journalist in Kapstadt und schreibt u. a. für ZEIT online, junge Welt oder Neues Deutschland. 2013 veröffentlichte er einen Reiseführer durch Namibia.

... spektrum ...

Covid-19. Südafrika setzt Einsatz des Impfstoffs des britisch-schwedischen Konzerns *AstraZeneca* vorerst aus. Das kündigte Gesundheitsminister Zweli Mkhize am 7. Februar an. Zuvor hatte AstraZeneca eingeräumt, der Impfstoff biete nur begrenzten Schutz bei einer mild verlaufenden Infektion mit der sog. Südafrikanischen Variante.

Sarah Gilbert, die an der Universität Oxford maßgeblich an der Entwicklung des Impfstoffs beteiligt war, sagte allerdings im Interview mit BBC zu den vorläufigen Ergebnissen, der Impfstoff würde zumindest Todesfälle vermeiden und den Druck auf Krankenhäuser erheblich verringern können.

Mittlerweile erhielt Südafrika die ersten 80.000 Dosen des Corona-Impfstoffs des Pharmakonzerns *Johnson & Johnson*, die vorrangig an das Personal des Gesundheitswesens verimpft werden sollen. „*Der Impfstoff wurde von Südafrikas Behörde für Gesundheitsprodukte genehmigt*", teilte das Gesundheitsministerium in Pretoria in einer Erklärung mit. Laut offiziellen Angaben hat sich Südafrika neun Millionen Dosen dieses Impfstoffs gesichert. Gesundheitsminister Zweli Mkhize teilte auf Twitter mit, die nicht verwendeten AstraZeneca-Dosen würden nun der Afrikanischen Union (AU) zur Verteilung an interessierte Länder auf dem Kontinent angeboten werden.

Seit Beginn der Pandemie wurden in Südafrika, dem zahlenmäßig am stärksten betroffenen afrikanischen Land, knapp 1,5 Millionen Infektionen registriert, gut fünfzigtausend Menschen starben an oder mit dem Virus (INDABA 107/20).

Goodwill Zwelithini kaBhekuzulu

Zulukönig verstorben. Goodwill Zwelithini kaBhekuzulu, der längstregierende Monarch in der Geschichte des Königtums der amaZulu in Südafrika, verstarb am 12. März 2021 in einem Privatspital in Durban im 72. Lebensjahr. Zwelithini war seit über einem Monat wegen Diabetes-Komplikationen behandelt worden, sein Tod soll jedoch durch eine Covid-19-Infektion erfolgt sein. Wie der „*traditionelle Premierminister*" des Königreichs, der 92-jährige Prinz und Parlamentsabgeordnete Mangosuthu Buthelezi, mitteilte, wurde der König in seiner Residenz in Nongoma im Norden von KwaZulu-Natal zur Verehrung durch seine Anhängerschaft aufgebahrt. Buthelezi rief dazu auf, die Corona-Schutzregelungen einzuhalten.

Staatspräsident Cyril Ramaphosa ordnete auf Ersuchen der ANC-geführten Provinzverwaltung von KwaZulu-Natal ein Staatsbegräbnis an, bis dahin werden in ganz Südafrika die Flaggen auf staatlichen Gebäuden auf Halbmast gesenkt. Termin und Gestaltung des Begräbnisses standen zu Redaktionschluß noch nicht fest. Der Tradition zufolge werden Zulukönige im engsten Familienkreis bestattet, wobei die Schutzgeister des Verstorbenen auf den geeigneten Nachfolger übergehen sollen. Zwelithini war 1968 seinem Vater Cyprian gefolgt, hatte sein Amt jedoch erst drei Jahre später angetreten.

Der verstorbene König, den Ramaphosa als „visionären Führer" würdigte – zulusprachige Südafrikaner/innen sind eine wichtige Wählergruppe –, war ohne Zweifel eine der mächtigsten „Grauen Eminenzen" in der Realverfassung Südafrikas. Seine Politik trug allerdings kaum zur Stabilisierung und Aussöhnung bei. 2015 heizte er mit einer rassistischen Rede Gewalttätigkeit in den Elendsvierteln gegen afrikanische Flüchtlinge und Immigrant/inn/en an (INDABA 86/15). Über den ihm unterstehenden *Ingonyama Trust* kontrollierte er den vermutlich größten privaten Grundbesitz Südafrikas; wegen Korruptionsvorwürfen und mangelnden Fördermaßnahmen für hunderttausende kleinbäuerliche Pächter/innen hat die Regierung eine Untersuchung eingeleitet und die bisherige Geschäftsführung abgesetzt (INDABA 106/20).

Zwelithini hinterläßt sechs Ehefrauen und zahlreiche Kinder.

Präsident Magafuli verstorben. Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht vom Tod des umstrittenen Staatspräsidenten von Tanzania. Während offiziell von einem Herzversagen die Rede war, sprach die Oppsition von einer Covid-19 als Ursache. Weiteres im nächsten Heft.

Minister in Zimbabwe an Covid-19 verstorben. Nachdem Zimbabwes ehemaliger Landwirtschaftsminister Perrance Shiri bereits im Sommer des vergangenen Jahres an den Folgen von Covid-19 verstarb, erlagen im heurigen Frühjahr drei weitere Kabinettsmitglieder dem Virus. Am 15. Jänner wurde der Tod von Ellen Gwaradzimba, der

Provinzministerin für Manicaland, bestätigt. Fünf Tage später verstarb der Außen- und Handelsminister Sibusiso Moyo, bekannt für die erste offizielle Kundgabe über den Militärputsch im November 2017, die er stellvertretend für die zimbabwische Armee im öffentlichen Fernsehen vortrug. Weitere zwei Tage später, am 22. Jänner, verstarb der Infrastrukturminister Joel Matiza als insgesamt vierter Minister Zimbabwes an Covid-19. Alle drei Politiker wurden sechzig Jahre alt.

Ähnliche Entwicklungen ließen sich in den vergangenen Monaten auch in den benachbarten Staaten Südafrika und Eswatini beobachten. Ersterer verlor den Minister im Präsidialamt, Jackson Mthembu, letzterer zwei Mitglieder des Ministerkabinetts sowie seinen Premierminister Ambrose Dlamini an die gefährliche Atemwegserkrankung.

Chagos-Inseln zu Mauritius. Der Internationale Seegerichtshof der Vereinten Nationen (*International Tribunal for the Law of the Sea*/ITLOS) in Hamburg entschied Ende Jänner, daß Großbritannien keine Souveränität über die Inselgruppe zusteht. Damit wird eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes (*International Court of Justice/ICJ*) in Den Haag von Februar 2019 bestätigt (INDABA 102/19). Diesem Urteil folgend kritisierten die ITLOS-Richter London für das beharrliche Ignorieren des Spruches, der eine Übergabe bis Ende 2019 verlangte. Auch die UN-Generalversammlung hatte sich bereits im Mai 2019 mit 116 zu 6 Stimmen für eine Rückgabe der Inseln an Mauritius ausgesprochen.

Londons Außenministerium erklärte als Reaktion auf das Urteil, den

Solidaritätsaktion für die Chagos in London

Anspruch Mauritius' nicht anzuerkennen. Das von Großbritannien als *British Indian Ocean Territory* (BIOT) verwaltete Gebiet unterstehe seit 1814 der britischen Souveränität. Erst 1965 wurde das BIOT aus der Kolonialverwaltung von Mauritius herausgelöst, das bald darauf im Jahr 1968 in die Unabhängigkeit entlassen wurde.

Der mauritische Premierminister Pravind Kumar Jugnauth begrüßte das ITLOS-Urteil, das die Inseln klar und eindeutig Mauritius zuspreche. London müsse die „*rechtswidrige Besetzung*" beenden. Mauritius hatte sich an das Seegericht gewendet, um den Verlauf der Seegrenzen zum nördlichen Nachbarn, den Malediven, zu klären. Diese hatten vorgebracht, daß die Frage nicht zu lösen sei, solange der Status der Chagos-Inseln umstritten ist. Schon im ICJ-Spruch wurde festgehalten, daß London gegen das Völkerrecht verstoße und den Prozeß der Entkolonialisierung endlich abschließen müsse.

Mit dem neuerlichen Urteil wird auch der Druck auf die neue US-Regierung in Washington erhöht, für die strategisch wichtige Militärbasis Diego Garcia auf der gleichnamigen Hauptinsel des Archipels eine rechtlich haltbare Grundlage zu schaffen (Diego Garcia gehört zu den wichtigsten Stützpunkten der USA). Mauritius hat bereits signalisiert, daß die Bereitschaft zu einem langfristigen Pachtvertrag mit den USA bestehe.

Für die Errichtung der Basis waren zwischen 1967 und 1973 die Einwohner der Atolle vertrieben und schließlich nach Mauritius und auf die Seychellen deportiert worden.

Erdölförderung im Okavango-Gebiet? Neben vielen Nichtregierungsorganisationen in Namibia selbst wie international äußerte auch die Österreichische Namibia-Gesellschaft in einem Schreiben an die namibische Botschaft in Wien ihre Besorgnis über beginnende Erdölexplorationen der kanadischen Firma *ReconAfrica* an der Grenze Namibias zu Botswana. „*Recon Africa ist in Besitz einer Schürflizenz, die etwa 3,5 Mio. Hektar im gesamten*

Kavango-Tiefbecken abdeckt“, heißt es auf der Website der Firma. „*Wir glauben, daß das Kavango-Becken ein weiteres Weltklasse-Perm-Becken ist, analog zum texanischen Sedimentbecken […] Das erzeugte Öl wird voraussichtlich Milliarden Barrel betragen. Das anfängliche Ziel des Unternehmens besteht darin, das Vorhandensein eines aktiven Erdölsystems durch ein vollständig finanziertes 3-Bohrloch-Bohrprogramm ab Anfang Januar 2021 festzustellen.*“ Da aus der entlegenen Gegend wenig konkrete Informationen verfügbar sind, wird befürchtet, daß die Bohrungen auch im grenzüberschreitenden Nationalparkgebiet stattfinden und das umweltpolitisch umstrittene Fracking inkludieren werden.

Einen Teilerfolg erzielten die innenpolitischen Proteste immerhin: Die Regierung sah sich veranlaßt, die gesetzlich vorgeschriebene Konsultation der Öffentlichkeit – die eigentlich vor der Projektgenehmigung stattfinden hätte sollen – nachträglich zu verordnen. An der Genehmigung des Projekts hält Umweltminister Pohamba Shifeta allerdings fest. Seitens des ReconAfrica-Konzerns wurden die Bedenken der Öffentlichkeit als „*unsinnig*“ und „*lächerlich*“ abgetan.

Air Namibia ist Geschichte. Die namibische Regierung gab am 11. Februar die freiwillige Auflösung der 74 Jahre alten Fluggesellschaft bekannt. Über elf Milliarden Namibia-Dollar – so viel hatte Air Namibia den namibischen Steuerzahler in den letzten Jahren gekostet. „*Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes kann Namibia die Fluggesellschaft nicht mehr finanziell unterstützen*“, sagte Finanzminister Iipumbu Shiimi. „*Es war keine einfache Entscheidung, aber die Schuldenlage von Air Namibia ist nicht mehr nachhaltig.*“ Die mehr als 600 Angestellten sollen ihre Gehälter noch die nächsten zwölf Monate erhalten.

Leon Jooste, Minister für Staatsunternehmen, gab einen kurzen Überblick, wie Air Namibia in die aussichtslose Situation geraten ist: „*Wir haben die falschen Flugzeuge auf den falschen Routen benutzt*“. Aktuell werden die Vermögenswerte von Air Namibia auf 931 Mio. N$ geschätzt, die Gesamtverschuldung hingegen auf drei Mrd. N$ – dies schließe allerdings nicht die Kündigung der Leasingverträge ein. Insbesondere stehen noch hohe Zahlungen an die belgische *Challenge Air* an, von der die Langstreckenflugzeuge geleast worden waren. Challenge Air zeigte sich vom Liquidierungsbeschluß für Air Namibia „*überrascht*“ und forderte von derselben, ihre Zahlungsverpflichtungen einzuhalten. Die namibischen Gewerkschaften und Teile der Öffentlichkeit protestierten gegen den Einstellungsbeschluß, ohne allerdings Finanzierungsalternativen vorlegen zu können.

Moçambique: Schwerer Schlag für Menschenrechte

2013 wurde der brasilianische Missionar Luiz Fernando Lisboa Bischof der Diözese Pemba in Cabo Delgado. Er war tatkräftiger Präsident der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der katholischen Bischofskonferenz. Seit Beginn des als islamistisch bezeichneten Aufstands in dieser Provinz im Jahr 2017 (INDABA 101/19) setzte sich Dom Luiz vehement für die Opfer der von Aufständischen sowie von Regierungstruppen verübten Gewalt und für die Freilassung willkürlich Verhafteter ein und verlangte von der Regierung Aufklärung, Schutz der Bevölkerung und menschenwürdige Zustände in den Flüchtlingslagern.

In seiner Diözese führte er zahlreiche Hilfsprogramme durch. Ab 2019 wurde er von der Regierungspartei und von Präsident Nyusi wiederholt kritisiert, des Rassismus und staatsfeindlicher Umtriebe bezichtigt und seine Ausweisung aus Moçambique gefordert.

Seine Bemühungen um Gerechtigkeit, Frieden und interreligiösen Dialog wurden von Papst Franziskus persönlich unterstützt, Dom Luiz Ende letzten Jahres in Privataudienz empfangen. Am 11. Februar 2021 aber berief Papst Franziskus Dom Luiz zurück und ernannte ihn zum Erzbischof der Diözese Cachoeiro de Itapemirim in Brasilien!

Dom Luiz’ Abberufung aus Moçambique kam völlig überraschend. Sie ist ein schwerer Schlag für die Menschenrechtsarbeit. Dom Luiz hatte weit über die katholische Kirche hinaus hohes Ansehen. 21 moçambikanische zivilgesellschaftliche Organisationen unterzeichneten ein Dankesschreiben für seine unermüdliche Arbeit, die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf die sich verschärfende Situation der Gewalt, Armut und Ungerechtigkeit in Cabo Delgado zu lenken.

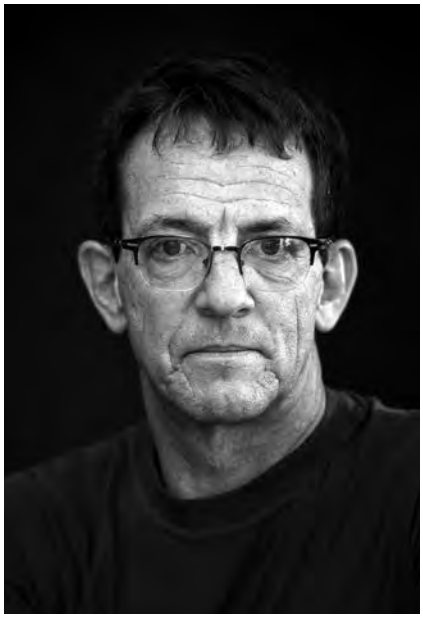
Hemma Tengler

Wie nach dem 2. Weltkrieg: Zeit für radikale Veränderung

Im Gespräch mit Anne Jung (medico international) fordert der südafrikanische Menschenrechtsaktivist Mark Heywood ein radikales Umdenken bei der Bewältigung der Pandemie: Patentschutz aufheben, endlich ins öffentliche Gesundheitswesen investieren!

Nach einer langen Phase der Hoffnung, daß die afrikanischen Länder von der Covid-19-Pandemie weitgehend verschont bleiben würden, erreichen uns nun Nachrichten über steigende Infektionsraten und überlastete Krankenhäuser vor allem in Südafrika.

Richtig. In der sogenannten ersten Welle war der größte Teil Afrikas relativ milde von Covid-19 betroffen. Man hatte erwartet, daß wir aufgrund unserer schwachen Gesundheitssysteme, aufgrund von Tuberkulose, HIV und der anderen Epidemien wirklich hart getroffen werden würden, sobald Covid-19 Afrika erreichte. Wir verstehen immer noch nicht ganz, warum es bei der ersten Welle nicht so war. Aber viele afrikanische Länder befinden sich jetzt mitten in einer zweiten Welle von Infektionen, die sich als sehr viel schlimmer erweist als die erste. In Südafrika haben wir offiziell mehr als 42.000 Todesfälle erreicht. Die Sterberate liegt seit Beginn der Pandemie um 125.000 Tote höher im Vergleich zu dem, was durchschnittlich normal ist. Das bedeutet, daß die Lage in Südafrika genauso schlimm ist wie in Großbritannien. Unser Gesundheitspersonal ist erschöpft.



Mark Heywood

Wir verlieren viele Mitarbeiter/innen im Gesundheitswesen, darunter viele, die jahrzehntelange Erfahrung haben. Wenn diese Pandemie vorbei ist, wird der Verlust enorm sein.

Ist Südafrika das einzige Land in der Region, das so stark betroffen ist?

Nein, das gilt nicht nur für Südafrika. Die zweite Welle im südlichen Afrika, zum Beispiel auch in Zimbabwe, ist viel schlimmer als die erste, genau wie in vielen anderen afrikanischen Ländern. Eines der Probleme, die wir haben, ist, daß die Gesundheitssysteme sehr schlecht sind. Und ich denke, daß es aktuell nicht genug internationale Aufmerksamkeit für das gibt, was in Afrika passiert.

In Deutschland tobt gerade die Debatte über die Geschwindigkeit der Impfstofflieferungen. Der anfänglich nationalistische Fokus weicht nun einem eurozentrischen. Die globale Perspektive wird weitgehend ausgeblendet. Es ist keine globale Strategie erkennbar…

Egal wo auf der Welt, wir befinden uns gerade inmitten einer sehr intensiven Pandemie. Und natürlich müssen viele Regierungen auf die Infektions- und Sterberaten und die unmittelbaren Herausforderungen der Gesundheitssysteme reagieren.
Aber ich erwarte auch, daß sie sich mit den zugrundeliegenden strukturellen und sozioökonomischen Fragen befassen – und das tun sie zurzeit furchtbar schlecht. In unserem Land ist die Zahl der arbeitslosen Menschen um Millionen gewachsen! Die Zahl der hungern-

den Menschen ist um Millionen gewachsen. Du mußt bedenken, daß es anders als in den meisten sogenannten entwickelten Ländern gar keine soziale Absicherung gibt. Für unsere Leute hier gibt es so gut wie nichts an sozialer Sicherheit. Es ist wirklich die Zeit für vernünftige, aber radikale Veränderung in der Welt. Der Kapitalismus und das System des profitorientierten Gesundheitswesen, das unsere Gesundheitssysteme und unsere Sozialsysteme kaputt gemacht hat, kann diese Krise nicht lösen.

Es ist jetzt an der Zeit, daß die Regierungen dieser Welt erkennen, daß etwas anderes getan werden muß. Diese Situation ist der am Ende des Zweiten Weltkriegs sehr ähnlich, als die Regierungen bereit waren, die Steuern für die Reichen drastisch zu erhöhen, um die dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel zu vergrößern. Sie waren bereit, in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur zu investieren, einschließlich der öffentlichen Gesundheitssysteme.

Angedockt an die WHO wurde die Covax-Initiative ins Leben gerufen, eine öffentlich-private Partnerschaft, die die Versorgung mit Impfstoffdosen in ärmeren Ländern sicherstellen soll. Kann das eine Lösung für Südafrika sein?

Auch wenn Covax eine wichtige Innovation ist, reicht das nicht aus. Was wir brauchen, ist, daß die Entwicklung von Impfstoffen und die Versorgung mit Impfstoffen als ein Menschenrecht und als öffentliches Gut behandelt wird. Und wir sollten uns jetzt alle fragen, ob die globale Führung und die WHO stark genug sind, um alle globalen Kapazitäten für die Impfstoffproduktion zu mobilisieren und sich nicht durch Patente daran hindern zu lassen. Denn wir haben auch gesehen, daß die Entwicklung von Impfstoffen nicht mit privatem Geld, sondern mit öffentlichen Geldern finanziert wurde. Und jetzt wird die Versorgung der Entwicklungsländer mit Impfstoffen dadurch abgewürgt, daß die Versorgung an privates Eigentum gebunden ist. Ich würde also sagen, Covax ist keine komplette Zeitverschwendung, aber es ist einfach nicht genug für das Ausmaß der Krise, mit der wir konfrontiert sind.

Anders als in Deutschland gibt es in Südafrika ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, die C-19 People's Coalition.

Gleich zu Beginn der Pandemie haben wir beschlossen, daß wir ein zivilgesellschaftliches Bündnis im Kampf gegen Covid-19 schaffen müssen. Im März 2020 entwickelten wir eine Konsenserklärung, und im Laufe der kommenden Monate wurden über 400 Organisationen Teil dessen, was wir jetzt die C-19 People's Coalition nennen. Sie ist ein sehr breites Bündnis und arbeitet an einer Vielzahl von Themen und ist in verschiedenen Arbeitsgruppen organisiert. Es gibt eine Arbeitsgruppe zum Gesundheitssystem, es gibt eine Arbeitsgruppe zur Bildung und es gibt eine Arbeitsgruppe zur sozialen Sicherheit.

Und sie mobilisiert auch in den Nachbarschaften und übt Druck auf die Regierung und natürlich bis zu einem gewissen Grad auch auf den privaten Sektor aus. Ende letzten Jahres, als die C-19 People's Coalition sah, daß wir als Land beim Zugang zu Impfstoffen diskriminiert werden würden und daß unsere Regierung es versäumt hatte, den Zugang zu Impfstoffen zum richtigen Zeitpunkt auszuhandeln, und daß es Monate dauern würde, bis Südafrika die erste Ladung Impfstoffe erhalten würde, rief die C-19 People's Coalition die People's Vaccine Alliance ins Leben, um einen zivilgesellschaftlichen Impfplan für das Land zu entwickeln.

Und genau hier sind wir jetzt. Wir entwickeln einen Plan, um der Regierung zu zeigen, wie ein guter Plan für die Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen aussehen würde.

Kann das ein Modell für die internationale Bewegung sein?

Während der HIV-Krise brachten Gesundheitsaktivisten die Regierungen und die Vereinten Nationen dazu, mit uns zu reden. Wir hatten einen Plan. Wir wußten, was als Nächstes getan werden mußte. Ich glaube, daß die Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene im Moment nicht stark genug ist und das Narrativ nicht mitgestaltet. Und ich glaube wirklich, daß das die Herausforderung der Stunde ist. Sie muß an alle NGOs und sozialen Bewegungen herangetragen werden. Sie muß an all die vielen Organisationen herangetragen werden, die auf der Ebene der internationalen NGOs arbeiten. Wir müssen also zusammenkommen und eine gemeinsame Agenda entwickeln.

Wenn wir als Zivilgesellschaft an Covid-19 scheitern, werden wir viele Jahrzehnte brauchen, um uns davon zu erholen. Die Zivilgesellschaft muß schnell stärker werden, wenn wir in diesem Moment etwas bewirken wollen. Die C-19 People's Coalition ist gut und sie ist

wichtig, aber sie ist nicht genug. Sie ist nicht stark genug. Sie ist nicht laut genug. Sie ist nicht radikal genug. Sie ist nicht kämpferisch genug. Sie ist nicht genug eingebettet in das Leben und in die Nachbarschaften der armen Leute. Das ist die Zeit, in der Aktivisten Risiken für Menschenrechte und öffentliche Güter eingehen müssen. Wir können nicht hinter unseren Computern sitzen und denken, daß man die Welt mit einem Zoom-Anruf verändern kann. Wir müssen raus auf die Straße. Wir müssen es auf eine Art und Weise tun, die sicher für uns selbst und sicher für andere ist, aber das ist es, was wirklich erforderlich ist. Es besteht eine große Dringlichkeit, all das zu tun, denn es gibt nicht nur die Bedrohung durch das Virus.

Es gibt auch die Bedrohung durch die autoritäre Politik, die folgen wird, wenn wir das Virus und seine politischen Folgen nicht richtig angehen die Politik des Populismus, die Politik der Stärkung von autoritären Regimen. Jede demokratische Regierung hat diese Pandemie genutzt, um Angriffe auf die Zivilgesellschaft zu verstärken und in einigen Ländern sogar um Menschenrechte zu unterdrücken. ■

Mark Heywood ist ein südafrikanischer Menschenrechtsaktivist mit dem Schwerpunkt auf das Recht auf Gesundheit. Er war Generalsekretär der Treatment Action Campaign, die sich für den freien und kostenlosen Zugang zu Aids-Medikamenten einsetzt, und Mitbegründer des Rechtshilfezentrums SEKTION27. Er fungiert als Mitherausgeber von Maverick Citizen, der zivilgesellschaftlichen Rubrik in der Online-Zeitung Daily Maverick.

Wir bedanken uns bei medico international für die freundliche Genehmigung zum (gekürzten) Wiederabdruck des Interviews und bei Joyrene Kramer (Maverick Citizen) für das Porträtfoto. Das Original des Interviews erschien unter https://www.medico.de/nicht-stark-genug-nicht-laut-genug-18086.

Innovation schützen, aber nicht Gier

Emmanuel Macron war der erste EU-Staatschef, der vor dem G7-Gipfel Mitte Februar versprach, überschüssige COVID-Impfstoffe zur Verfügung zu stellen, und der französische Präsident erhielt viel lobendes Medienecho. Allerdings haben weder Macron noch der britische Präsident Boris Johnson, der wenige Stunden später die gleiche Zusage machte, einen Zeitplan genannt, wann die Impfstoffe die Bedürftigen erreichen werden. In der Zwischenzeit scheinen die Staats- und Regierungschefs der Welt viel lieber Geld anzubieten, als feste Zeitpläne zu nennen, wann die Covid-19-Impfstoffe verfügbar sein werden. Nach dem G7-Gipfel sagten die Europäische Union und Deutschland weitere 1,4 Milliarden Euro zu, um die Beschaffung von Impfstoffen in Afrika zu finanzieren. Das klingt sehr nett, wird aber nicht viel ändern. Es gibt jedoch eine Politik, die es könnte. Der internationale Druck auf die Welthandelsorganisation (WTO) wächst, eine vorübergehende Ausnahmeregelung für geistiges Eigentum während der Pandemie einzuführen. Der Vorschlag wurde erstmals im vergangenen Jahr von Indien und Südafrika unterbreitet. Sie argumentierten, daß die Regeln des geistigen Eigentums die dringende Ausweitung der Impfstoffproduktion behindern. Diese Position wird inzwischen von mehr als 100 Ländern unterstützt. Allerdings sind die EU und die Vereinigten Staaten gegen einen solchen Schritt.

Am 25. Februar unterstützte auch die Afrikanische Union den Vorschlag für eine Ausnahmeregelung. John Nkengasong, Direktor des Africa Centers for Disease Control and Prevention, sagte zu Reportern, der Transfer von geistigem Eigentum sei eine „*Win-Win-Situation für alle*“ und eine Maßnahme gegen die enormen Ungleichheiten in der globalen öffentlichen Gesundheit. Er nannte das Beispiel der langwierigen Verzögerungen bei der Herstellung erschwinglicher HIV/Aids-Medikamente in den 1990er Jahren, die zu Millionen von Toten in Afrika südlich der Sahara führte. So etwas drohe sich zu wiederholen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wurden 75 % aller weltweit verabreichten Impfstoffdosen bisher in nur zehn Ländern zur Verfügung gestellt, während mehr als 130 Länder noch keine einzige Dose erhalten haben.

Anfang dieser Woche argumentierte der Chef der *International Federation of Pharmaceutical Manufacturers and Associations* (IFPMA), Thomas Cueni, die Befreiung der Covid-19-Impfstoffe von den Rechten des geistigen Eigentums würde „*keine einzige zusätzliche Dosis*“ bringen; vielmehr ginge „*es um die Fähigkeiten, Impfstoff in großem Maßstab zu auszurollen*.“ Südafrika und Indien hätten allerdings die Kapazität zur Massenproduktion von Impfstoffen, ebenso wie andere Länder. Der Pharma-Vertreter hatte wahrscheinlich ganz etwas anderes im Auge: Pfizer und Moderna, um nur zwei zu nennen, erwarten in diesem Jahr zusammen 33 Milliarden Dollar Umsatz mit den Covid-Impfstoffen, wie *Reuters* berichtete.

Wenn Länder mit mittlerem Einkommen und Entwicklungsländer nicht in der Lage sind, den Großteil ihrer Bevölkerung bis Ende 2021 zu impfen, wird dies neben den massiven Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit auch einen wirtschaftlichen Schaden für Handel und Tourismus bedeuten, der die entgangenen Gewinne einiger weniger Pharmafirmen in den Schatten stellt. Wenn es den Staats- und Regierungschefs der EU wirklich ernst damit ist, Impfungen außerhalb ihrer Grenzen zu unterstützen, sollten sie ihren Widerstand gegen die Ausnahmeregelung aufgeben. Die Regeln für geistiges Eigentum sollen Innovation schützen, aber nicht Gier.

Benjamin Fox (EURACTIV)

Arbeitskampf bei Shoprite

Mehr als vier Wochen haben die Angestellten von Shoprite Namibia gestreikt. Am Ende konnten sie ihre Forderungen teilweise durchsetzen. Vermutlich war es nicht der letzte Arbeitskampf in Namibia. Von Simon Loidl.

Kurz vor Weihnachten reichte es den namibischen Angestellten von *Shoprite* wieder einmal. Die größte Warenhandelskette Afrikas hatte sich seit Monaten geweigert, auf Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen einzugehen. Am 21. Dezember 2020 legten die namibischen Shoprite-Angestellten schließlich die Arbeit nieder. Sie forderten einen Mindestlohn von 2.500 namibischen Dollar (etwa 140 €) monatlich sowie eine allgemeine Gehaltserhöhung von 600 Nam-$ (etwa 30 €). Bisher betrugen die Gehälter von Shoprite-Angestellten zwischen 1.200 und 2.500 Nam-$ (etwa 67 bis 140 €). Es folgten ein paar Wochen harter Auseinandersetzungen. Der Unmut war nicht nur deshalb groß, weil das südafrikanische Unternehmen zunächst kein Entgegenkommen signalisierte. Hinzu kam, daß Shoprite seit Jahren durch Bruch von arbeitsrechtlichen Bestimmungen, schlechte Bezahlung und Repression gegen gewerkschaftlich organisierte Angestellte auffällt.

Die Streikenden erhielten Unterstützung von außen. Boykottaufrufe wurden von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und politischen Parteien unterstützt.

Shoprite-Supermarkt im Norden Namibias

In mehreren Städten Namibias kam es vor Filialen zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen Polizei sowie Shoprite-Sicherheitskräften und Streik-Unterstützer/inne/n, die den Boykottaufruf durchsetzen wollten. Das Shoprite-Management wiederum begann Anfang Jänner, Streikbrecher/innen einzustellen – obwohl dies durch eine arbeitsgerichtliche Entscheidung einige Tage zuvor ausdrücklich untersagt worden war. Dies befeuerte wiederum den Kampfeswillen der Streikenden.

Shoprite – seit Jahren asozial

Ende Jänner schließlich kam es zu einer Einigung zwischen Shoprite und den Angestellten, die ihre Arbeit nach fast fünf Wochen des Kampfes und zäher Verhandlungen wiederaufnahmen. Der Mindestgehalt von 2.500 Nam-$ konnte so ebenfalls durchgesetzt werden wie eine allgemeine Lohnerhöhung. Letztere fiel mit 250 Nam-$ für Vollzeitbeschäftigte allerdings deutlich niedriger aus, als von den Streikenden gefordert worden war. Teilzeitangestellte werden künftig 1,28 Nam-$ pro Stunde mehr bekommen – und auch der Mindestlohn für diese Gruppe wurde auf mindestens Nam-$ 12,82 pro Stunde erhöht.

Die Auseinandersetzung sorgte über Wochen für Aufsehen in Namibia. Ein Arbeitskampf dieser Größenordnung ist für namibische Verhältnisse ungewöhnlich. „*Die meisten Streiks dauern nur ein paar Tage*“, sagte Herbert Jauch von der namibischen NGO *Economic and Social Justice Trust* gegenüber INDABA. Der Grund dafür, daß in diesem Fall mehr passierte, war, daß Shoprite „*einfach nicht bereit war, eine vernünftige Einigung zu erzielen und mit illegalen Mitteln versucht hat, den Streik zu unterwandern.*“ Der Versuch des Un-

ternehmens, mit neuen Angestellten den Streik zu sabotieren, sorgte für besondere Empörung bei jenen, die die Shoprite-Angestellten unterstützten. Auch in den namibischen Medien wurde dieser Schachzug des Shoprite-Managments diskutiert und von einigen Kommentator/inn/en auch kritisiert. Zudem forderte die Gewerkschaft *Namibia Food and Allied Workers Union* (NAFAU), welche die Shoprite-Angestellten vertritt, die Gerichte auf, das Management wegen dieses illegalen Streikbruch-Versuchs zu verurteilen. Dies passierte schließlich Mitte Februar. Ein Richter urteilte, daß das namibische Shoprite-Managment den entsprechenden Gerichtsbeschluß vom 8. Jänner ignoriert und sich deswegen der Mißachtung des Gerichts schuldig gemacht habe.

Gewerkschaft diesmal aktiver

Auf politischer Seite waren die Reaktionen auf den Arbeitskampf unterschiedlich. Die Regierungspartei *South West Africa People's Organisation* (SWAPO) hat sich nicht offiziell zu der Auseinandersetzung geäußert, die SWAPO-Jugendliga zeigte sich gegen Ende des Streiks solidarisch mit den Angestellten. Aktiver in Erscheinung traten Mitglieder des *Landless People's Movement* (LPM), der *National Unity Democratic Organisation of Namibia* (NUDO), aber auch der *Affirmative Repositioning* (AR). Letztere entstand nach Auseinandersetzungen innerhalb der SWAPO im Jahr 2014. Im vergangenen November trat AR zu den Kommunalwahlen an, bei der diese aus einer aktivistischen sozialen Bewegung für Landreformen hervorgegangene Partei überraschend gut abschnitt. Seither stellt die Organisation mit Job Amupanda den Bürgermeister der Hauptstadt Windhoek.

Der nun zu Ende gegangene Arbeitskampf ist nicht der erste, den sich die Manager der Supermarktkette eingehandelt haben. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, bei denen Shoprite sich stets unnachgiebig zeigte. Nach einem Streik im Jahr 2015 versuchte sich der Konzern an den Beschäftigten schadlos zu halten. Das Management leitete gegen Beteiligte an dem Ausstand für höhere Löhne ein Disziplinarverfahren ein und brachte eine Klage wegen Geschäftsschädigung ein. Die Forderung gegen 93 Angestellte betrug 4,5 Millionen Nam-$ (etwa 250.000 €), was für einzelne Betroffene Zahlungen von mehr als einem Jahresgehalt bedeutet hätte. Das Verfahren zog sich drei Jahre lang, bis Shoprite nach Protesten von Gewerkschaften, politischen Vertreter/inne/n und Nichtregierungsorganisationen die Klage schließlich zurückzog und die Disziplinarverfahren einstellte.

Die Arbeitskämpfe bei Shoprite haben auch zu einem kleinen Aufschwung der namibischen Gewerkschaftsbewegung geführt. Während es während der Auseinandersetzung von 2015 noch viel Kritik an dem geringen Engagement gab, waren NAFAU-Vertreter/innen bei jüngsten Streiks deutlich präsenter. Dies dürfte auch mit den veränderten politischen Verhältnissen in Namibia zu tun haben. NAFAU ist Teil der *National Union of Namibian Workers* (NUNW), die wiederum eng mit der ehemaligen Befreiungsorganisation und langjährigen Regierungspartei SWAPO verbunden ist. Angesichts des schwindenden Rückhalts für die SWAPO und des Aufblühens radikalerer Organisationen wie eben Affirmative Repositioning scheinen sich einige Vertreter/innen des etablierten Politapparats auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Basis zu besinnen. Das schlägt sich auch in einer kämpferischeren Gewerkschaftspolitik nieder. ■

Afrikanischer Riesenkonzern

Die *Shoprite Holding* ist ein südafrikanischer Konzern, bestehend aus Einzelhandelsunternehmen und Franchise-Geschäften. Diese sind mit mehr als 2.800 Filialen in fünfzehn afrikanischen Ländern zu finden, was Shoprite zum größten Lebensmitteleinzelhändler des Kontinents macht. In Namibia ist das Unternehmen seit 1990 vertreten, wo es 1998 die Supermarktkette *Checkers* erwarb. Zu Shoprite gehören aber nicht nur Supermärkte, sondern auch Möbel- und Elektronikgeschäfte, Drogeriemärkte und Schnapsläden. Auf seiner Internetseite zählt Shoprite derzeit 18 unterschiedliche Marken in 14 Ländern, aufgeteilt auf 2.352 Geschäfte und 477 Franchise-Unternehmen. Mehr als 141.000 Angestellte sind demnach bei diesem afrikanischen Riesenkonzern beschäftigt. Shoprite wurde 1979 gegründet und ist an der südafrikanischen, namibischen und zambischen Börse gelistet. Seit 2017 leitet Pieter Engelbrecht das Unternehmen, dem er zuvor bereits 20 Jahre lang angehört hatte. Sein Jahresgehalt beträgt der Aktienhandelsseite Wallmine zufolge 28,7 Mio. U$ (etwa 23,7 Mio. €). Shoprite erzielte 2020 einen Gewinn von 3,38 Milliarden Rand (etwa 190 Mio. €).

Ein wichtiger Schritt zu einer Welt ohne Atombomben

Nuklearwaffen endlich verboten

Mit seinem Inkrafttreten am 22. Jänner 2021 ist der Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) für die wachsende Zahl von Vertragsstaaten, derzeit 54, verbindliches Völkerrecht geworden (INDABA 95/17). Darüber hinaus wirkt er auch auf die Staaten, die nicht beabsichtigen, ihm beizutreten. Von Thomas Hajnoczi.

Seit vielen Jahren erklären die USA bei der UNO, daß sie eine atomwaffenfreie Welt anstreben und daß eine solche Welt eine rechtlich verbindliche Verbotsnorm erfordert. Es ist also nicht das Konzept eines Verbots von Nuklearwaffen, das umstritten ist, sondern die Tatsache, daß es von der Mehrheit der Staaten ins Leben gerufen wurde, ohne auf die Atomwaffenstaaten zu warten. Die Atomwaffenstaaten zogen es vor, die Verhandlungen über den TPNW zu boykottieren. Einige übten sogar Druck auf die Länder aus, die sich unter ihren nuklearen Schutzschirm begeben haben, damit sie den Verhandlungen fernbleiben. Man könnte sagen, daß die Atomwaffenstaaten damit gegen Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags verstoßen haben, der von ihnen verlangt, „*Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung in gutem Glauben fortzusetzen und zum Abschluß zu bringen*".

Die Atomwaffenstaaten argumentierten gegen die Verhandlungen, daß eine Verbotsnorm erst geschaffen werden sollte, wenn es fast keine Atomwaffen mehr gibt. Dies steht im krassen Gegensatz zur Geschichte des Verbots der anderen Klassen von

Botschafter Thomas Hajnoczi

Massenvernichtungswaffen. Hätte sich diese Denkweise durchgesetzt, gäbe es auch kein Verbot von Chemiewaffen, da deren Vernichtung immer noch nicht abgeschlossen ist. Ohne eine Verbotsnorm gegen Chemiewaffen hätte der Einsatz dieser Waffen durch Syrien und andere in den letzten Jahren nicht gegen das Völkerrecht verstoßen. Das Verbot einer Waffenklasse geht ihrer Vernichtung immer voraus.

Im Mittelpunkt der Kampagne gegen den TPNW steht das Argument, daß der Vertrag keinen einzigen nuklearen Sprengkopf beseitigt. Diese Kritik fällt auf die Atomwaffenstaaten selbst zurück, denn kein Vertrag und kein Nicht-Atomwaffenstaat kann ihre Atomwaffen für sie vernichten. Solange sie dies nicht tun, bleibt das Risiko für die Menschheit bestehen. Aus diesem Grund ist der TPNW ein fokussierter Verbotsvertrag, der die detaillierten Verfahren zur Zerstörung und Verifikation einer zukünftigen Regelung mit Staaten, die Atomwaffen besitzen, überläßt, sobald diese dem Vertrag beitreten. Wie schon das Verhandlungsmandat zum Ausdruck brachte, soll der TPNW zur vollständigen Abschaffung von Atomwaffen führen. Der TPNW schafft eine unverzichtbare Grundlage, auf der weitere rechtliche und praktische Schritte aufbauen können.

Was der TPNW unterstreicht, ist, daß Atomwaffen in fundamentalem Widerspruch zu humanitären Werten und dem Völkerrecht stehen. Seit der Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki wird zu Recht argumentiert, daß der Einsatz von Atomwaffen gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, da diese Waffen übermäßiges Leid verursachen und überwiegend Zivilisten töten. Die notwendige Klarheit, daß Atomwaffen illegal sind, hat der TPNW endlich geschaffen.

In der Tat waren die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen und die unannehmbaren Risiken, die sie mit sich bringen, die Hauptmotivation für den Prozeß, der zur Verabschiedung des TPNW führte. Selbst eine begrenzte nukleare Konfrontation würde zu globalen Auswirkungen wie den „nuklearen Winter" führen. Es ist eine beträchtliche Anzahl von Fällen dokumentiert, in denen Mißverständnisse, Irrtümer oder technische Pannen beinahe zur Detonation von Atomwaffen geführt hätten. Und es gibt keine Kapazität zur humanitären Krisenbewältigung, die mit den humanitären Verheerungen, die Atomwaffen verursachen würden, fertig werden kann oder jemals geschaffen werden könnte. Aus diesen Gründen ist die einzige Garantie, daß eine solche Katastrophe nicht eintritt, das Verbot von Atomwaffen und ihre vollständige Abschaffung.

Der TPNW delegitimiert die nukleare Abschreckung zu einem Zeitpunkt, an dem dieses Konzept, das aus der bipolaren Welt des Kalten Krieges stammt, durch Fakten in Frage gestellt wird. Wie könnte nukleare Abschreckung in einer multipolaren und digitalisierten Welt wirksam sein, wenn Cyber-Hacking von Nuklearsystemen möglich ist und Überschallwaffen durch ihre schiere Geschwindigkeit und ihren nicht-ballistischen Kurs einen Erstschlag ohne Vergeltung ermöglichen könnten? Hinzu kommt, daß die Glaubwürdigkeit des Konzepts der nuklearen Abschreckung die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen und damit zur Tötung von Millionen von Menschen, einschließlich der eigenen Bevölkerung, voraussetzt. Wie Präsident Reagan über die nukleare Abschreckung als Mittel zur Sicherstellung, daß Atomwaffen niemals eingesetzt werden, gesagt hat: „*Aber wäre es dann nicht besser, die Atomwaffen ganz abzuschaffen?*"

Atommächte: Abrüstung nur Lippenbekenntnis

Das Verbot impliziert, daß Staaten ihre Sicherheitsstrategie nicht auf dem Vertrauen in Atomwaffen aufbauen dürfen. Das betrifft nicht nur die nuklear bewaffneten Staaten, sondern auch jene Länder, die ihre Sicherheit auf die Abhängigkeit von den Atomwaffen anderer stützen. Der TPNW entlarvt den Widerspruch in der Position dieser so genannten „Schirmstaaten", die behaupten, sich für die Abschaffung von Atomwaffen einzusetzen, und gleichzeitig deren Fortbestand zu ihrem „Schutz" wünschen. Da in den meisten Schirmstaaten eine Mehrheit der Bevölkerung den Beitritt zum TPNW befürwortet, könnte diese Dynamik zu einer ernsthaften Debatte über nukleare Abrüstung führen, die eine Änderung der Abrüstungsposition zur Folge hätte.

Das Inkrafttreten des TPNW fällt mit einer globalen Pandemie zusammen, einer Bedrohung der globalen, nationalen und persönlichen Sicherheit, die nicht mit Atomwaffen bekämpft werden kann. Den meisten der großen zeitgenössischen Herausforderungen für die Sicherheit, beginnend mit dem Klimawandel, kann nicht mit Waffen, geschweige denn mit Atomwaffen begegnet werden. Im Gegenteil, die Modernisierungsprogramme und der Unterhalt von Atomwaffensystemen schöpfen die Mittel ab, die dringend benötigt würden, um die vorherrschenden Herausforderungen für die Sicherheit anzugehen.

Die globalen Auswirkungen von Atomwaffen machen nukleare Abrüstung zu einem Thema, bei dem alle Staaten ein Interesse und ein Mitspracherecht haben, da alle davon betroffen wären. Der TPNW ist der erste nukleare Abrüstungsvertrag, der diese Tatsache widerspiegelt, indem er alle Staaten auf gleicher Ebene behandelt.

Der TPNW hat auch in anderer Hinsicht einen Standard gesetzt, der zur neuen Normalität werden wird. Beim Zustandekommen des TPNW hat die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle gespielt. Der Einfluß der Erkenntnisse von Wissenschaftler/inne/n ist in die Verhandlungen eingeflossen. Nichtregierungsorganisationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz haben während des gesamten Prozesses einen großen Beitrag geleistet, was durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*) gewürdigt wurde.

Der Multistakeholder-Ansatz wurde bereits bei Cyber- und Umweltthemen etabliert und ist mittlerweile auch bei Antipersonenminen und Streumunition ein bewährter Ansatz. Mit dem TPNW hat er nun auch den Bereich der nuklearen Abrüstung erreicht. Fragen der Sicherheit sind nicht mehr nur dem Militär und der Diplomatie vorbehalten.

Botschafter Thomas Hajnoczi war als österreichischer Delegationsleiter am Zustandekommen des TPNW beteiligt.

Afrikanische Freihandelszone

Von Adalbert Krims

Seit 1. Jänner 2021 gibt es die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (*African Continental Free Trade Area*, AfCFTA) – gemessen an der Zahl der Mitgliedsstaaten (54 Länder mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen) die größte Freihandelszone der Welt. Ursprünglich war der Start schon für den 1. Juli 2020 geplant, er wurde aber wegen der Corona-Pandemie um ein halbes Jahr verschoben. Der zu Jahresbeginn noch amtierende Präsident der Afrikanischen Union (AU), der südafrikanische Staatspräsident Cyril Ramaphosa, sprach vom „*bisher deutlichsten Anzeichen dafür, daß Afrika sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt*." Hauptziele der AfCFTA sind die Schaffung eines einheitlichen Marktes für Waren und Dienstleistungen sowie freien Kapitalverkehr, die Erleichterung des Personenverkehrs, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten, die Förderung der industriellen Entwicklung und eines nachhaltigen und inklusiven sozioökonomischen Wachstums. Das Abkommen sieht vor, daß innerhalb von fünf Jahren 90 Prozent und längerfristig bis zu 97 Prozent des Warenverkehrs von Zöllen befreit werden und daß dadurch der Anteil des innerafrikanischen Handels von derzeit 18 Prozent bis 2030 auf 50 Prozent steigen soll. Nach Schätzungen der Weltbank könnten dadurch in den nächsten 15 Jahren rund 30 Millionen Menschen aus extremer Armut befreit werden. Denn AfCFTA ist nach Meinung ihres Generalsekretärs, des südafrikanischen Diplomaten Wamkele Mene, „*nicht nur ein Handelsabkommen. Es ist unsere Hoffnung, den Kontinent aus der Armut zu befreien.*"

Die offiziellen Kommentare zum Start von AfCFTA waren also geradezu euphorisch. Allerdings stehen jetzt erst die „Mühen der Ebene" bevor. Einige davon sind auf Anfangsschwierigkeiten zurückzuführen: So sind die Detailbestimmungen des Abkommens noch nicht fertig ausgearbeitet, die Zollbehörden an den Grenzen noch nicht richtig ausgestattet etc., wodurch die vollständige Umsetzung noch auf sich warten lassen wird. Dazu kommt, daß gerade jetzt mehrere Länder (nicht zuletzt das „reiche" Südafrika) zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auch zu teilweisen Grenzschließungen greifen, was eigentlich im Widerspruch zur angestrebten Freizügigkeit steht.

Aber es gibt auch längerfristige Probleme. Gerade für die ärmsten Länder ist der plötzliche Wegfall von 90 Prozent der Zolleinnahmen schwer zu verkraften. Zwar soll da ein Solidaritätsfonds aushelfen, doch auch die relativ „reicheren" Staaten wie Südafrika, Nigeria und Ägypten sind derzeit von der Corona-Pandemie hart betroffen und werden daher nicht viel Mittel für diesen Fonds zur Verfügung stellen. Für lokale Unternehmen wird AfCFTA zunächst wahrscheinlich mehr zu einer Bedrohung als zu einer Chance, weil das produzierende Gewerbe größtenteils nicht auf den kontinentalen Wettbewerb vorbereitet ist. Bisher haben viele Betriebe durch protektionistische Maßnahmen überlebt, die von hohen Zöllen bis zu kompletten Importverboten reichten. Ihr plötzlicher Wegfall wird daher viele Unternehmen in eine Krise stürzen. Umgekehrt können multinationale Konzerne, die Niederlassungen in afrikanischen Ländern haben, sehr rasch von der Freihandelszone profitieren und sich zusätzliche Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Wie weit die AfCFTA dazu beitragen kann, die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zu verringern – oder ob sie diese gar noch verschärft, hängt auch davon ab, ob und in welchem Ausmaß die im Abkommen vorgesehenen Programme zur Förderung von Kleinunternehmen, jungen Menschen und Frauen tatsächlich realisiert werden. Aber immerhin sind sie im Vertrag ausdrücklich verankert. Und auch in einem anderen Punkt unterscheidet sich das afrikanische Freihandelsabkommen von vielen anderen bilateralen und multilateralen Handelsabkommen (wie z. B. dem gescheiterten TTIP zwischen der EU und den USA oder auch dem geplanten EU-Mercosur-Abkommen): Es gibt keine „Schiedsgerichte" und keine Sondergerichtsbarkeit. Konzernen wird also kein direktes Klagerecht eingeräumt, sondern Konflikte werden ausschließlich zwischen den Staaten geklärt.

Ein ex-koloniales Museum in einer postkolonialen Welt: Der Fall des MRAC

Im Januar 2018 öffnete das Musée royal de l'Afrique Central in Brüssel nach fünf Jahren wieder seine Türen. Seine angekündigte „Dekolonisierung" stieß auf heftige Kritik von verschiedenen Seiten. Helena Mayné berichtet über die paradoxe Existenz eines ex-kolonialen Museums in einer post-kolonialen Welt.

Viele Jahre lang hatte das *Musée royal de l'Afrique Central* (MRAC) – oft als „*das letzte koloniale Museum der Welt*" bezeichnet – seine Räumlichkeiten nicht verändert, die Dauerausstellung war seit den 1960er Jahren intakt geblieben. Nach der Wiedereröffnung des Museums waren viele unzufrieden mit dem, was das Museum der Öffentlichkeit präsentierte. Auf der einen Seite empörten sich die afrikanischen Diasporas in Belgien über die „neokoloniale" und „eurozentrische" Vision des Museums; auf der anderen Seite orteten konservative Erinnerungsverbände der kolonialen Siedler eine denunziatorische, „antinationalistische" Vision mit der Absicht einer Art „Belgien-Bashing", insbesondere beim neuen Raum „Kolonialgeschichte", der die dunkle Vergangenheit Belgiens und die Verwicklung des Museums in diese erklärt.

Diese extremen Äußerungen sind symptomatisch für die Haltung der konservativen Ideologie vieler Belgier/innen, die immer noch an der gefährlichen Vision einer „wohlwollenden Intervention" des Westens in den Kolonien festhalten. Viele in den älteren Generationen Belgiens behaupten ja immer noch, daß es „positive Aspekte" der Kolonisierung gab. Glücklicherweise haben sich die jüngeren Generationen das Erbe der postkolonialen Studien zu eigen gemacht, und Stimmen gegen Eurozentrismus und Neokolonialismus werden in den 2000er Jahren leichter erhoben.

Viele Anthropolog/inn/en und Mitglieder der Diaspora verurteilten daher die Perpetuierung des kolonialen Blicks in der Szenografie des renovierten MRAC sowie die durchgehende paternalistische Haltung, die immer noch sehr stark in der Philosophie des Museums verankert ist. Sogar die UNO veröffentlichte im Februar 2019 eine Erklärung, in der sie den Umgang des MRAC mit seiner kolonialen Vergangenheit als unbefriedigend bezeichnete und Belgien aufforderte, sich öffentlich für seine koloniale Vergangenheit zu entschuldigen. Die Kontroverse um die Wiedereröffnung des Museums war so groß, daß der belgische König Philippe, der die Wiedereröffnungszeremonie einweihen sollte, es vorzog, nicht zu erscheinen und sich nicht einzumischen. Angesichts der schwachen Museologie und Szenografie, die das Museum seit seiner Wiedereröffnung vorschlägt, scheinen diese späteren Kritiken wohlbegründet. Um sein Ziel zu erreichen, einen echten dekolonialen Ansatz vorzuschlagen, sollte das Museum diese Kritiken integrieren, um sich auf einen Selbstfindungsprozeß einzulassen.

Das MRAC war eine koloniale Institution mit Sitz in Brüssel (im Volksmund auch „Tervuren-Museum" oder „Afrika-Museum" genannt), die von König Leopold II. zur Förderung der Kolonien in Zentralafrika errichtet wurde. Hervorgegangen aus der Brüsseler Weltausstellung von 1897, geht das Museum auf die Umwandlung der temporären Ausstellung in ein permanentes „Kongo-Museum" zurück. Dieser „Afrika-Palast" diente als Schaufenster für den „Kongo-Freistaat", die private Kolonie Leopolds II., über die er von 1895 bis 1908 herrschte (die heutige Demokratische Republik Kongo, DRC). Das Gebäude, das mit dem Geld aus den Rohstoffabbau-Geschäften in den Kolonien errichtet wurde, wird noch heute genutzt. Das macht das MRAC so besonders: Das Museum hat seine Szenografie größtenteils unverändert gelassen, ohne einen Hauch von Veränderung in der Dauerausstellung seit der Unabhängigkeit der DRC

im Jahr 1960 und mit sehr deutlichen kolonialen Spuren in der ursprünglichen Architektur, dem Dekor und den Ausstellungsräumen des Gebäudes.

Bis in die späten 1990er oder frühen 2000er Jahre hatte sich Belgien weder mit der Frage seines Kolonialmuseums beschäftigt noch sich seiner kolonialen Vergangenheit gestellt. Dies ist teilweise auf die politische Atmosphäre in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen, die ein allgemeines Schweigen, eine *Omerta*, über die koloniale Vergangenheit entlang einer etablierten Treue zur belgischen Monarchie akzeptierte. Andere europäische Länder hatten bereits vor zwanzig bis dreißig Jahren damit begonnen, die Existenz ehemaliger Kolonialmuseen in Frage zu stellen. Die großen Nationalmuseen, „Zivilisations"-Museen, Kunst- oder Menschheitsgeschichtsmuseen, die riesige „primitive" und „exotische" Kunstsammlungen (eine rassistische Bezeichnung für nichtwestliche traditionelle Kunst) anlegten, waren verpönt. Es setzte eine allgemeine Rückbesinnung auf die soziale und politische Verantwortung dieser Museen bei der Verwaltung ihrer kolonialen ethnographischen Sammlungen ein. Um die Jahrtausendwende ordnete Frankreich 2003 die Schließung des *Museums für ozeanische und afrikanische Kunst* (MAAO) an und setzte damit ein starkes Signal in der Museumswelt. Die Niederlande hatten bereits 1950 ihr altes *Niederländisches Kolonialinstitut* in das *Königliche Tropeninstitut* umgewandelt. Frankreich schloß 2003 das MAAO und eröffnete das neue *Musée Quai Branly*. England schloß 2015 sein ehemaliges *Commonwealth Institute*, während Deutschland 2019 mit einer nationalen Restitutionspolitik für die geraubten Artefakte aus der Kolonisationszeit aufwartete. In diesem Kontext mußte das MRAC seine Positionen revidieren und begann in den 2000er Jahren mit einem Renovierungsplan für seine Museologie und Szenografie.

Ein erster Renovierungsvorschlag wurde 2003 präsentiert. Das Hauptziel der Umgestaltung war es, „*eine zeitgenössische und dekolonisierte Vision von Afrika in einem Gebäude zu präsentieren, das als Kolonialmuseum konzipiert worden war*", heißt es auf der Website des Museums. Wir sehen in einer solchen widersprüchlichen Aussage bereits die unbefriedigende kritische Arbeit im Diskurs und der Szenografie des Museums. Dies entspricht der die Position des Museums im allgemeinen, das versucht, Probleme mit halben Lösungen zu bewältigen, was zu einer verwirrenden Mischung aus unbefriedigenden Schnelllösungen und guten Absichten führt.

Das alte neoklassizistische Gebäude des Museums wird weiterhin genutzt

In seiner neuen Identität und Szenografie antwortet das MRAC auf die postkoloniale Kritik in einer moderaten und oberflächlichen Art und Weise, ohne jemals vollständig auf die Kritik an der Rolle des Museums einzugehen und ohne sich vollständig in die Debatte um die Repatriierung von Artefakten einzubringen. Das Museum benutzt eine wissenschaftliche Rhetorik, um die Institution als modernes, multikulturelles Museum zu präsentieren, das auf gut gemeinte und friedliche Weise eine Brücke zwischen verschiedenen Kulturen schlagen will, obwohl die Wahl einer ex-kolonialen Institution eindeutig nicht der beste Ort dafür ist. Eine solche Wahl ist noch fragwürdiger, wenn man bedenkt, daß zum Zeitpunkt der Eröffnung noch immer keine offizielle Entschuldigung für die Kolonialisierung formuliert worden war (der belgische König Philippe veröffentlichte erst im Juni 2020 eine moderate Erklärung, in der er sein „*tiefstes Bedauern*" für die Kolonialzeit zum Ausdruck brachte), und die afrikanische Diaspora immer noch tagtäglich unter einem unfaßbaren Maß an Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in Belgien leidet.

Vor der Renovierung verfolgte die unveränderte Museografie einen Diskurs, der den Kolonialismus legitimierte. Aber auch heute findet sich in der Neugestaltung eine unreflektierte koloniale Sicht auf die vielfältigen Realitäten des afrikanischen Kontinents. Vor der Renovierung war die Figur des arabischen Sklavenhändlers und die des „wilden, unwissenden" Afrikaners mehrfach in der Ausstellung zu sehen und vermittelte die uralte koloniale Idee der Wildheit zur Darstellung Schwarzer Völker. Zahlreiche Skulpturen und Statuen

Das neue Gebäude, über den unterirdischen „Pavillon d'Accueil" mit dem alten Gebäude verbunden

stellten die Afrikaner/innen als „unzivilisierte" Menschen dar. So zum Beispiel die mehr oder weniger berühmten Statuen des „Leoparden-Mannes", eine Ikone der belgischen Kolonialvorstellung vom Volk der Anyoto (Volksgruppe aus dem Ostkongo), welche die Vorstellung eines barbarischen Volkes konstruierte, das einheimische Dorfbewohner bei lebendigem Leibe verspeist. Auch eine Gedenktafel für die 1500 „verlorenen belgischen Soldaten im Kongo" war ein schockierendes koloniales Relikt (das heute noch vorhanden ist!), da es die geschätzten 10 Millionen Toten des Völkermordes und Ethnozids im Kongo zwischen 1885-1908 verdeckte. Oder die Tatsache, daß die Statuen von König Leopold als eines „wohlwollenden Führers", der den Kongo „zivilisieren" wollte, etwa 45 Mal im ganzen Museum vertreten waren. Koloniale Leopold-Statuen befinden sich heute noch in den Nischen der Rotunde.

Nach der Renovierung wurde eine neue Raumaufteilung in verschiedene Säle vorgenommen, die den unterschiedlichen akademischen Disziplinen gewidmet sind: „Rituale und Zeremonien" (Anthropologie), „Sprachen und Musik" (Linguistik, Ethnomusikologie), „Einzigartige Kunst", „Naturgeschichte" (Biologie), „Natürliche Ressourcen" (Biologie, Geologie) und „Kolonialgeschichte und Unabhängigkeit" (Geschichte, Politikwissenschaft), Saal „Lange Geschichte" (Archäologie). Der Wunsch war es, die „multidisziplinäre" Natur der Institution zu übersetzen und in der Szenografie eine fließende Verbindung zwischen den einzelnen Studienbereichen zu präsentieren.

Zu den bemerkenswertesten Neuerungen gehört ein neuer Saal „Kolonialgeschichte und Unabhängigkeit", der sich mit der Geschichte der Kolonialverwaltung im Kongo-Freistaat beschäftigt. Dies ist eine Premiere für Tervuren, da die Kolonialgeschichte noch nie so klar und deutlich dargestellt wurde. Außerdem wurde ein neuer „Afropea"-Saal für die Selbstdarstellung der afrikanischen Diaspora in Belgien geschaffen, in dem sich das afro-abstämmige Publikum mit Zeugnissen einbringen kann. Aber dieser schlecht gegliederte Raum vermittelt keine moderne und dynamische Darstellung der vielen hybriden afrikanischen und afro-deszendenten Identitäten, die heute in Belgien und im Ausland existieren. Er spiegelt nicht das angekündigte Ziel des Museums wider, ein modernes „Weltzentrum der Forschung" über Zentralafrika zu werden. Positiv anzumerken ist, daß die Erscheinung eines Saals „Imagery" ein guter Ausgangspunkt für die Dekonstruktion des kolonialen Blicks ist. Der Raum ist ein Studio, in dem ein Dokumentarfilm von Expertinnen und Experten für Schwarze und afrikanische Studien projiziert wird, der die essentialisierende und exotisierende Darstellung afrikanischer Völker in der kolonialen Propaganda und Filmografie entlarvt. Unnötig zu sagen, daß mehr ähnliche Initiativen verankert werden sollten, wenn eine Dekolonisierung erreicht werden soll.

Die wichtigste Umgestaltung ist der neu errichtete „Willkommenspavillon", ein weitläufiger unterirdischer Gang, der das moderne Gebäude – eine neue Konstruktion für den Eingang des Museums – mit dem alten Kolonialgebäude verbindet. In diesem neuen Teil findet die einleitende Präsentation in einem kleinen Raum ohne Außenlicht statt, der alle bisher ausgestellten rassistischen Statuen „wilder" und „unzivilisierter" Völker (darunter der „Leopardenmann") versammelt. Die Idee war, einen Blick auf das koloniale Imaginäre zu werfen, das Teil der Geschichte des Museums war, und aus dieser Periode in Richtung der neuen, erfrischten Perspektive des Museums aufzutauchen, die eine neutralere und beschwichtigende Vision für eine kooperative Zukunft zeigt. Diese Ablehnung der rassistischen Vergangenheit des Museums wird jedoch nicht explizit ausgesprochen, was symptomatisch für die gesamte Position des Museums ist. Laut Vicky Van Bockhaven, einer ehemaligen Kuratorin des Museums, spiegeln die unterschwelligen und inkonsistenten Anflüge von kritischer Selbstbetrachtung in einigen Teilen des Museums die Art und Weise wider, wie das Museum seine Ideologie artikuliert: Es versuche, sich mit den verschiedenen Kritikpunkten auseinander zu setzen, konfrontiere sie aber nie vollständig und proaktiv. Es entscheide sich vielmehr dafür, Narrative auszustellen, die bestimmte kritische Meinungen enthalten könnten. In der gesamten Ausstellung sei der Mangel an Einheitlichkeit eklatant, es gebe weder eine klar definierte Position zum kolonialen Erbe des Museums und der Nation noch eine eindeutige kritische Methodik für das Publikum, um die neokoloniale Perspektive zu dekonstruieren. Van Bockhaven kommt zu dem Schluß, daß

der allgemeine kuratorische Ansatz angespannte Themen nur verdeckt anspricht, auch wenn die Fragen an die rassische und neokoloniale Repräsentation im Vorfeld eine mobilisierte Konversation benötigen würden. Dies zeige sich zum Beispiel bei den erklärenden Etiketten, die zu klein und damit nicht sehr sichtbar sind. Sie seien auch nicht analytisch und kritisch genug und blieben an der Oberfläche des Problems. Dies sei auch bei den Erklärungen zu den rassistischen Statuen zu Anfang der Besichtigung der Fall, da das Etikett nur erkläre, daß diese Darstellungen bis heute zu rassistischen Bildern von afrikanischen Menschen beitrügen, aber ohne weitere Erklärungen zum inhärent rassistischen Charakter solcher Darstellungen. Insgesamt zeige sich, daß Selbstreflexivität und Kolonialismuskritik im Ansatz des Museums nicht gänzlich fehlten, aber zu entpolitisiert und punktuell organisiert seien. Zeitweise würden echte Anstrengungen unternommen und es zeigten sich Ergebnisse der Selbstreflexivität. Aber es gebe keinen kontinuierlichen oder einheitlichen Ansatz für die Ideologie des Museums und die Auseinandersetzung mit dem sensiblen Punkt der (neo)kolonialen Repräsentation. Einfach gesagt, fehle es der Philosophie und dem kuratorischen Ansatz des Museums an einem homogenen Engagement und einer starken Mobilisierung von Ressourcen, um eine dekolonisierte Museologie zu erreichen.

Der neue unterirdische „Pavillon d'Accueil".

Das Wort „Dekolonisierung" wird heutzutage viel benutzt, aber wir haben noch keine wirkliche Definition gefunden. Im Bereich des Museumskuratierens erfordert es eine Hinterfragung der Rolle des Museums selbst und eine Reflexion über die politischen Implikationen postkolonialer und dekolonialer Repräsentation. Diese Bedenken wurden von den neuen Museumsstudien (Ende des 20. Jahrhunderts) und ihrer „Repräsentationskritik" formuliert, die eine neue Museumsethik definierten, welche die Position des Museums bei der Auswahl von Objekten, der Rahmung von Diskursen und der Validierung von Wahrheit in Frage stellt. Ihre Schlußfolgerung war die Notwendigkeit eines Überdenkens der Sichtweise, die im Museumsmanagement verwendet wird, insbesondere für ex-koloniale Museen. Auch die akademische Literatur im Bereich der Schwarzen und Afrikanischen Studien hat die Fragen der neokolonialen und postkolonialen Repräsentation gründlich untersucht. Ihr Erbe mit dem der postkolonialen Studien, ist von entscheidender Bedeutung für die Dekolonisierung des Museumskuratoriums. Wenn sich das Museum also auf den Prozeß der „Dekolonisierung" einlassen und den Standards der postkolonialen Ära gerecht werden will, wäre der erste Schritt für das MRAC, dieses Erbe in seine Diskurse und Praktiken zu integrieren.

Die postkolonialen und dekolonialen Theorien setzen als einzige vollständig dekoloniale Museologie für ex-koloniale Museen die Rückgabe gestohlener Artefakte oder die Schließung ex-kolonialer Museen als Bedingung. Die erste Alternative bringt schwerwiegende technische Probleme mit sich, die langfristig untersucht werden müssen (Provenienzforschung zur Herkunft der Objekte; Änderung der Gesetze, da die Sammlungen Staatseigentum sind). Die zweite Alternative wurde von Frankreich und England befürwortet, die ehemalige koloniale Einrichtungen geschlossen haben. Im Falle Belgiens könnte die Wiedereröffnung eines neuen Museums helfen, den starken kolonialen Bezug, den das Gebäude verkörpert, zu unterdrükken. Es würde jedoch nicht das rechtliche Problem lösen, das das Gebäude umgibt, da es sich um das nationale Erbe Belgiens handelt, was eine Gesetzesänderung erfordern würde. Obwohl es für das Museum langfristig eine machbare Lösung sein könnte, ist sie für die Kurator/inn/en und Perspektiven des MRAC im Moment nicht denkbar.

Vorerst am wichtigsten wäre die Dekolonisierung der Wissenschaft und der Museumskuration. Wenn das Ziel ist, kuratorische Praktiken zu dekolonisieren, ist eine primäre Reflexion darüber, wie Wissen und Geschichte konstruiert werden, entscheidend. Im Fall des MRAC wäre der erste Schritt zur Dekolonisierung der Wissenschaft die Integration der Erkenntnisse der neuen Museumsstudien und der postcolonial studies. Ein Weg, dies zu erreichen, wäre die Beschäftigung von Spezialisten der postkolonialen und der African and Black Studies. Das Museum geht bereits in die gute Richtung, indem es Forschung durch die Zusammenarbeit mit mehreren Museen im Senegal, in Rwanda und in der DRC finanziert. Außerdem vergibt das Museum Stipendien an junge afrikanische Forscher. Der Prozeß der Assimilierung der Stimmen der Betroffenen und der Prozeß der

„Indigenisierung“ der Kuration sollte jedoch weiter und ohne Zögern ausgebaut werden. Auf diese Weise würde die Dekolonisierung der Museologie eine ernsthafte Selbstrevision von Akademiker/inn/en und Kurator/inn/en über die eurozentrische Vision des Museums von Wissen und seine paradoxe Existenz als ein ex-koloniales Museum in einer postkolonialen Welt anstoßen.

Zusammenstellung der früheren Kolonialstatuen im Eingangsbereich des Museums

Meine Empfehlungen sind, daß parallel zu den bereits erwähnten konkretere kurzfristige Lösungen umgesetzt werden. Zum Beispiel eine explizitere einleitende Erklärung der Situation des Museums anzubieten und die rassistischen Statuen als pädagogische Werkzeuge über die koloniale Ära zu nutzen oder die vielen kolonialen Artefakte als Primärquellen zu nutzen, um den kolonialen Blick kritisch zu entlarven. Die Idee wäre, das Gebäude und die Statuen des Museums als Relikte der kolonialen Vergangenheit zu nutzen, über die eine kritische Reflexion des (Neo-)Kolonialismus erfolgen könnte. Auf diese Weise könnte das Museum zur Inkarnation eines Museums für die Kolonialgeschichte Belgiens werden, anstatt den Anspruch zu erheben, das „Referenzmuseum“ für Zentralafrika zu sein. Das alte Gebäude könnte für die Geschichte der Kolonisierung genutzt werden, während ein anderer Teil der Forschung und Konservierung gewidmet wäre. Dies würde eine Änderung des Museumsnamens erzwingen, von „Afrika-Museum“ zu „Museum der Kolonisation“, was die Perspektive des Museums radikal ändern würde. In der Zwischenzeit, wenn die Kuration ihre heterogene Museologie beibehalten will, die eher einem großen Flickenteppich der verschiedenen Interessen des Museums ähnelt als einer echten multidisziplinären Institution, sollten andere sachliche Lösungen durchgesetzt werden. Wie z. B. das Angebot eines starken methodologischen schriftlichen/audio/audiovisuellen Leitfadens am Eingang oder während des gesamten Museumsrundgangs, um kritisch zu analysieren und zu lernen, wie man den neokolonialen Blick dekonstruiert, vergleichbar mit der Arbeit, die mit dem „Bilderstudio“ beabsichtigt ist. Oder das Angebot von Seminaren und interaktiven Konferenzen zur Aufarbeitung der belgischen Kolonialzeit zusammen mit der Vermittlung von dekolonialem Denken an Schulklassen oder die Organisation von Konferenzen und dekolonisierten Führungen durch das Museum. Dies würde dazu beitragen, die Reflexion auf die Gegenwart zu lenken, darauf, wie Spuren der Kolonialzeit noch in der heutigen Gesellschaft zu finden sind.

Alles in allem können wir sagen, dass sich das MRAC vor dem Hintergrund seiner Geschichte sehr verändert hat. Die Renovierung stellt eine echte Bemühung dar, die Museologie zu transformieren, und die Kurator/inn/en scheinen bei der Verankerung des Wandels ziemlich gut veranlagt zu sein. Was jedoch die Ergebnisse der Renovierung selbst betrifft, ist das, was wir heute haben, nicht ausreichend. Die Kurator/inn/en scheinen sich dessen bewußt zu sein, und in den letzten zwei Jahren hat das Museum verschiedene Untersuchungsprojekte finanziert und gestartet, wie z.B. das AFRISURGE-Projekt zur Untersuchung der Auswirkungen und des potenziellen Nutzens der Digitalisierung der Sammlungen des Museums sowie den Beginn der Untersuchung der Provenienz der Museumsobjekte. Wir sehen, daß das Museum durch die Zusammenarbeit mit zahlreichen afrikanischen Organisationen und afrikanischen Künstler/inne/n und dadurch, daß es afrikanischen Stimmen im Allgemeinen mehr Raum gibt, versucht, kurz- und mittelfristige Lösungen zu etablieren, was in der Tat fruchtbare Initiativen sind, die gefördert werden sollten. Wir sollten jedoch darauf achten, daß diese kurzfristigen Lösungen nicht längerfristige Lösungen ersetzen, die für die Restitutionsdebatte und die erkenntnistheoretische Sackgasse, in der sich die ex-kolonialen Museen in Europa heute befinden, von entscheidender Bedeutung sind.

■
■

Helena Mayné ist Absolventin der Global Studies, spezialisiert auf postkoloniale Studien. Sie hat kürzlich ihre Masterarbeit abgeschlossen, die sich mit der Renovierung des MRAC und Fragen der Dekolonisierung in der Museologie befaßte. Danke an Prof. Friedrich Edelmayer (Universität Wien) für sein Networking.

... bücher ...

Annette Hoffmann, **Kolonialgeschichte hören: Das Echo gewaltsamer Wissensproduktion in historischen Tondokumenten aus dem südlichen Afrika** (Wien, Mandelbaum Verlag, 2020). 173 S.

Annette Hoffmann zeigt erneut, welche Kraft eine Beschäftigung mit Tonaufnahmen aus kolonialen Kontexten haben kann, die sich die Mühe macht zuzuhören. Nach Veröffentlichungen und Ausstellungen zu verschiedenen Sammlungen von Tonträgern, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Situationen struktureller Gewalt entstanden, nimmt sie in ihrem jüngsten Buch Aufnahmen des österreichischen Anthropologen Rudolf Pöch zum Ausgangspunkt für eine kolonialismuskritische Kontemplation. Hoffmann beschreibt die Dokumente „*als Echo von kolonialer Geschichte, insbesondere als Widerhall kolonialer Wissensproduktion*“, das sich mit Gayatri Spivak als „*akustische Resonanz subalterner Sprechpositione*n“ lesen läßt (S. 8).

Die Aufnahmen von Vokabeln, vorgegebenen Sätzen, freier Erzählung, Gesang und Musik wurden 1908 als Teil einer von der Akademie der Wissenschaften in Wien geförderten ethnographischen und anthropologischen Expedition in der Kalahari produziert – nicht ‚gesammelt', wie Hoffmann festhält, da der Begriff des Sammelns, als nahezu passiver Akt imaginiert, die artifiziellen Produktionsbedingungen unterschlägt (S. 26). 2003 erschienen sie im Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als CD, inklusive der von Pöch erstellten Protokolle. Doch erst Hoffmann ließ neue Übersetzungen des zu Hörenden anfertigen. Aufgrund der durch den Kolonialismus geprägten Marginalisierung der aufgezeichneten Sprachen, der zeitlichen Distanz und der teils unklaren Dokumentation durch Pöch beinhaltet solch eine Übersetzung viel Interpretation.

Hoffmann konnte Job Morris, einen Naro-Sprecher und Aktivisten aus Botswana, für diese Aufgabe gewinnen (S. 9). Nicht nur lassen sich beim Hören die in Transkriptionen verlorengegangenen Informationen wie Räuspern, Tonfall, Umgebungsgeräusche, Ansagen und Instruktionen der Forschenden erkennen (26ff.).

\Kxara d. J. spricht in Pöchs Phonographen

Im vorliegenden Fall fanden sich auch Diskrepanzen zwischen Pöchs Inhaltszusammenfassungen und den Übersetzungen durch Morris. So wiederholt etwa in Morris' Übersetzung ein Sprecher mehrfach wütend, daß er endlich das Messer zurückhaben wolle, das er Pöch geliehen habe. Pöch gab in seiner Zusammenfassung an, der Sprecher habe in der Vergangenheit ein Messer für seine Tätigkeiten erhalten und beschwere sich nun, daß es mit der versprochenen Entlohnung zu lange dauere (S. 145f.). Die Ergebnisse ermöglichen eine neue Perspektive auf die Aufnahmesituation.

Die Sprechenden thematisieren auch in weiteren Beispielen ihr Verhältnis zu Pöch, ihre Lebensbedingungen, Fragen der Entlohnung. Hoffmann demonstriert, daß „*das Kolonialarchiv Äußerungen aus einer subalternen Position ... [nicht] immer überschreibt oder unmöglich macht*“ (S. 33).

In ihren Worten muß der Moment des Sprechens vom Moment des Archivierens unterschieden werden: „*Da die SprecherInnen auf die anschließende Einordnung ihrer konservierten Sprechakte und auf die Archivierungspraxis keinen Einfluß hatten, wurden ihre Äußerungen vom Kolonialarchiv buchstäblich verschlungen*“ (S. 32). Durch ihre ausführliche Reflektion des Potentials der Tonaufnahme und des Hörens, die sie an den Anfang des Textes setzt, sowie die essayistische Struktur des Buches, gelingt es Hoffmann, klassischen Narrativen einer historischen Analyse solch einer ethnographisch-kolonialen Situation wie der Expedition Pöchs zu entkommen. Hoffmann richtet sich nicht nach der Chronologie der Forschungsreise, sondern strukturiert das Buch nach ihren Funden im Archiv – somit anhand der Aussagen der Beforschten. Diese reichert sie mit präziser historischer Kontextualisierung an.

Es ist zu hoffen, daß in Zukunft noch viele weitere solcher Studien produziert werden, die sich dem *close listening* von kolonialen Tondokumenten als kollaborativer Praxis (S. 33ff.) widmen.

Sophie Schasiepen

Daniel Terris, **The Trials of Richard Goldstone** (New Brunswick/ New Jersey, Rutgers University Press, 2018). 398 S.

Im Juni 2009 war Richard Goldstone noch ein Held gewesen, der von der *MacArthur Foundation* mit einem Preis für internationale Gerechtigkeit ausgezeichnet wurde. Vier Monate später – nach Veröffentlichung seines Berichts über den Gaza-Krieg – nannte ihn die israelische Propagandamaschinerie den „schlimmsten Verräter der Geschichte". Der bewegten Biographie dieses südafrikanischen Juristen, selbst jüdischer Herkunft, geht die vorliegende Veröffentlichung nach. Als Richter im System der südafrikanischen Apartheid versuchte Goldstone, soweit als möglich Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Auf Nelson Mandelas Vorschlag leitete er in den frühen 1990er Jahren eine Kommission zur Untersuchung der vom Regime orchestrierten Einschüchterungs- und Gewaltkampagne gegen den ANC.

Später fungierte Goldstone als Ankläger in den Prozessen des Internationalen Strafgerichtshof zur Untersuchung des Genozids in Rwanda und der Gewalttaten im ehemaligen Jugoslawien. Seine Erkenntnisse über Kriegsverbrechen Israels in Gaza, die er teilweise zurücknehmen mußte, machten ihn dann endgültig zu einer international umstrittenen Figur. Dessenungeachtet stellt Goldstones dramatische Lebensgeschichte unter Beweis, daß engagiertes Handeln imstande ist, die Sache der Menschenrechte auch in einer Welt voll von Nationalismus und Haß voranzutreiben.

Michael Mann / Jürgen G. Nagel (Hg.), **Europa jenseits der Grenzen. Festschrift für Reinhard Wendt** (Heidelberg, Draupadi Verlag 2015). 447 S.

Mit Festschriften ist es so eine Sache. Da sie in der Regel eine Persönlichkeit ehren – im vorliegenden Fall den deutschen Kolonial- und Kulturhistoriker Reinhard Wendt –, geht es nicht unbedingt um inhaltliche Konsistenz. Oft wird daraus eine zufällige Blütenlese aus den verschiedensten Disziplinen, wobei die einzelnen „Blüten" vom wissenschaftlichen Diskurs oft gar nicht wahrgenommen werden. Bei dieser Festschrift wurden diese Nachteile weitgehend vermieden. Die Beiträge befassen sich trotz ihrer thematischen und regionalen Vielfalt alle mehr oder weniger mit Kulturtransfer zwischen Europa und Außereuropa und bieten eine Reihe interessanter Aspekte.

Mehrere Aufsätze beziehen sich speziell auf das Südliche bzw. östliche Afrika:

Dorothee Rempfer (Hagen) geht den Positionen und Wirkungsmöglichkeiten der Rheinischen Missionsschwestern in Deutsch-Südwestafrika nach – eine eher klassisch orientierte Missionsgeschichte, die allerdings auf die Frauen in der Mission fokussiert, was ja – höflich ausgedrückt – nicht immer der Fall ist.

Stärker gesellschaftspolitisch ausgerichtet ist der Beitrag von Lize Kriel (Pretoria) über die unterschiedlichen Missionierungsstrategien der *Berliner Mission* und der *Wesleyan Mission* in Transvaal in den 1890er Jahren, in einer Region also, deren vor- bzw. frühkoloniale Entwicklung von der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft relativ wenig zur Kenntnis genommen wird. Christoph Marx (Duisburg-Essen) befaßt sich mit dem Verhältnis zwischen Hugenotten und Malaien in der Kapkolonie, Jürgen G. Nagel (Hagen) mit dem Denkmalschutzgedanken im deutschen Kolonialismus am Beispiel der Ruinen von Kilwa Kisiwani in Tanzania.

Aus den übrigen Beiträgen hebe ich einige hervor, die mich halt persönlich interessiert haben – was keine Abwertung der anderen sein soll: „Franz Schubert und Herr Shinichi Suzuki" von Barbara Schneider (ebenfalls Hagen) geht der Rezeption klassischer Musik im Japan des 20. Jahrhunderts nach. Felicitas Schmieder (ebenda) erkennt in der Darstellung der Heiligen Drei Könige auf den Globen Martin Behaims vom Ende des 15. Jahrhunderts eine globale Friedensbotschaft – sollte ich je wieder (wie im „Afrikanischen Österreich") über die Epiphanie schreiben, muß ich diesen Aufsatz unbedingt zitieren.

Michael Mann (Berlin) schließlich zeigt am Beispiel der Choleraepidemien des 19. Jahrhunderts mit Schwerpunkt Indien, wie die Welt im Kolonialismus medizinisch in zwei Hälften geteilt wurde: in eine Hemisphäre, „*in der Gesundheit gewährleistet werden kann*", und eine andere, „*die in Krankheit unterzugehen droht*". Eine Situation, „*wie wir sie heute im Zeitalter von Aids wieder (bzw. immer noch) wahrnehmen*" (S. 423f.). Wäre der Sammelband 2021 erschienen, hätte der Autor mit Blick auf die Impfungen sicher Covid-19 gesagt.

Walter Sauer

#DemLoot

Nachdem er im letzten Sommer einen 60 Millionen US-$ schweren Korruptionsskandal aufgedeckt hatte, durfte der zimbabwische Journalist Hopewell Chin'ono im Jänner seine dritte Haftstrafe innerhalb von sechs Monaten absitzen. Ein Einblick in eine Hexenjagd. Von Daniel Stögerer.

Sie dringen in mein Haus ein. Alarmiert die Welt!", twitterte Hopewell Chin'ono am 20. Juli 2020, Sekunden vor seiner ersten Verhaftung. Der Vorwurf: Anstiftung zu öffentlicher Gewalt. Nach konkreten Gewaltaufrufen sucht man auf der Twitter-Seite des unter anderem in Oxford ausgebildeten Journalisten und Dokumentarfilmers zwar vergebens, allerdings offenbart sich beim Durchscrollen relativ schnell seine äußerst regierungskritische Haltung. Diese begann die Behörden offenbar zu stören, nachdem Chin'ono Wochen zuvor einen Skandal über die unsachgemäße Anschaffung von Corona-Schutzausrüstung aufgedeckt hatte, die zur Entlassung des Gesundheitsministers Obadiah Moyo führte (INDABA 107/20). Das Gesundheitsministerium zahlte einer mutmaßlich mit dem Präsidentensohn Collins Mnangagwa in Verbindung stehenden Firma 28 USD/Stück für Gesichtsmasken, die laut Chin'ono in Wahrheit einen Wert von 3 USD hatten.

Hopewell Chin'ono

Die Festnahme erregte Aufsehen. Amnesty International und Reporter ohne Grenzen forderten Chin'onos umgehende Freilassung, und Demonstranten trugen Schilder mit der Aufschrift „Free Hopewell" auf Zimbabwes Straßen. Die gewaltsame Auflösung von Protesten gegen seine und Aktivist Jacob Ngarivhumes Inhaftierung wurde mit dem Durchsetzen von Corona-Maßnahmen gerechtfertigt.

Allen Forderungen zum Trotz wurde Chin'ono erst anderthalb Monate später gegen Kaution freigelassen. Sein Aufenthalt im für unmenschliche Haftbedingungen bekannten *Chikurubi Maximum Security Prison* schien ihn allerdings nicht gebrochen zu haben, denn bald nach seiner Freilassung twitterte der Journalist schon wieder mehrmals täglich über Regierungsgewalt und Korruption – ein Dorn im Auge der Angekreideten. Die zweite Verhaftung folgte Anfang November, weil er in einem Twitter-Posting einen kürzlich aufgedeckten Goldschmuggelskandal kommentiert hatte. Henrietta Rushwaya, die Präsidentin der *Zimbabwe Miners Federation*, war bei der Ausreise nach Dubai mit sechs Kilo Gold im Handgepäck erwischt worden. Das Gezwitscher verstieß angeblich gegen Chin'onos Kautionsbestimmungen, weshalb er bis zum 20. November zurück ins Hochsicherheitsgefängnis mußte.

Es folgte eine kurze Weihnachtspause, ehe die Polizei am 8. Jänner 2021 wieder an die Tür des Journalisten klopfte. Diesmal aufgrund vermeintlicher Verbreitung von Unwahrheit, nachdem er auf Twitter davon berichtet hatte, wie ein Polizist beim Durchsetzen von Corona-Abstandsregeln ein Kleinkind zu Tode geschlagen hatte. Chin'ono erhielt drei weitere Wochen Einschüchterungshaft, die ihm glücklicherweise kein bißchen Wind aus den Segeln nahm. Wenige Tage nach seiner Freilassung Ende Jänner komponierte er einen regierungskritischen Song mit dem Namen *#DemLoot* (Internetjargon für: „Sie plündern"), nahm ihn bei sich zuhause auf und stellte das Video auf Twitter. Seiner eher schulungswürdigen Singstimme zum Trotz schrieb er in dem Posting scherzhaft: „*Sucht mir einen guten Musikproduzenten!*" Es zeugt von Stärke, wenn nicht einmal ein halbes Jahr politische Verfolgung dazu fähig ist, einem Mann seinen Humor zu nehmen.

. . . sadocc news . . .

FORUM SÜDLICHES AFRIKA. In unserer monatlichen Veranstaltungsreihe (derzeit online) referierten am 18. Februar Nikos Stamatiou und Walter Sauer über die Ergebnisse eines von der *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* im Auftrag des *Zukunftsfonds* der Republik Österreich durchgeführten Forschungsprojekts über „Afrikaner/innen (und andere überseeische Gefangene) im KZ Mauthausen" (Mitschnitt abrufbar unter www.sadocc.at). Bei Durchsicht von etwa 27.000 Personalunterlagen von Häftlingen aus europäischen Kolonialstaaten konnten etwa 400 Gefangene außereuropäischer Herkunft identifiziert werden, die meisten davon aus Nordafrika, etliche aus dem subsaharischen Afrika (darunter drei Südafrikaner) sowie weitere aus der Karibik, dem Nahen Osten und aus Asien. Fast alle waren aus politischen Gründen inhaftiert, weil sie z. B. im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner engagiert gewesen waren oder in der französischen Resistance (wie der Südafrikaner René Lescoute: INDABA 94/17). Die Studie, deren Fertigstellung für Ende April geplant ist, zeigt in diesem Sinn auch den multikulturellen Charakter des antifaschistischen Widerstands auf.

Internationaler Nelson Mandela-Tag. Die Planungen für den 18. Juli – diesmal ein Sonntag Nachmittag – sind angelaufen. Sollte es coronabedingt wieder möglich sein, nehmen wir die traditionelle Kultuwanderung in Aussicht, sonst wie im vorigen Jahr eine abgespeckte Variante. Themenschwerpunkt: Nelson Mandela und Desmond Tutu (dessen 90. Geburtstag wir heuer feiern werden). Bitte merken Sie sich den Termin vor!

FORUM SÜDLICHES AFRIKA

Basic education in Namibia

the effects of the Covid-19 pandemic

Donnerstag, 15. April 2021, 19.00 Uhr

online – Zugangslink
kurzfristig vorher auf unserer Website (www.sadocc.at)

Presentation (in English language) by Beatrice Losper and Katrina Simeon, followed by Q&A

2020 was a difficult year for all in the Namibian education fraternity. Due to the pandemic, alternative models of continued learning had to be developed amounting to home schooling over considerable periods. Teachers had to develop online materials, the curriculum had to be rationalised.
Depending on different school grades, learners missed between 53 and 119 school days in 2020. While online teaching went well for some learners, in some regions, according to media reports, more than 90% did not have access to the internet, and therefore missed out on distant learning.

Beatrice Losper is Principal in a secondary school, and Katrina Simeon in a primary school, both in Windhoek.

Mitgliedsbeiträge und Abos. Wir danken all jenen Mitgliedern und Abonnent/inn/en, die ihren Beitrag bzw. Abogebühr für 2020 und/oder 2021 bereits eingezahlt haben. Eure Unterstützung ist für uns gerade in der aktuellen Corona-Krise sehr wichtig, da fixgeplante Einnahmen entfallen.

Für jene, die noch nicht eingezahlt haben: Bitte überweist je nachdem 30 Euro Mitgliedsbeitrag (das inkludiert INDABA) oder 18 Euro Abonnement auf das SADOCC-Konto bei BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW. Herzlichen Dank, allenfalls auch für Spenden!

IMPRESSIONEN AUS

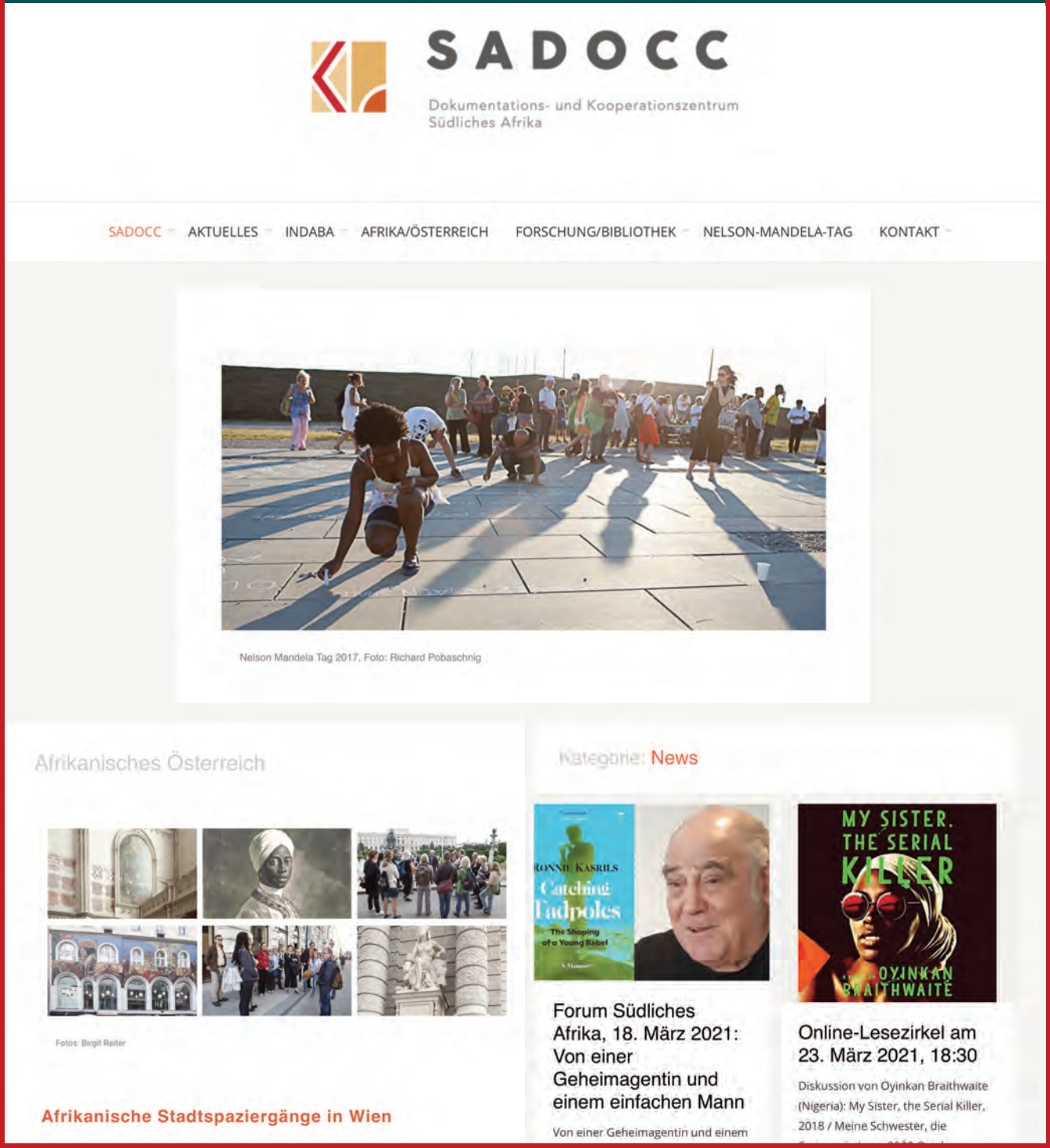
OKAKARARA (NAMIBIA)

von Bernhard Bouzek

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Besuchen Sie uns auf **www.sadocc.at** und auf Facebook

www.facebook.com/Sadocc-Southern-Africa-Documentation-and-Cooperation-Centre-100969900023602/